

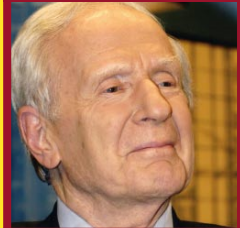
Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL



KLAUS HURRELMANN
Der Jugend-Erklärer
→Seite 30

THOMAS STRAUBHAAR
Hochschulen zu
Unternehmen! →Seite 34



Ist Bildung wählbar?

Hildegard Hamm-Brücher, Klaus von Dohnanyi und Hans Zehetmair
im Gespräch → Seite 10

 terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not



vertrieben ...

Heimatlos im eigenen Land – weltweit sind mehr als 25 Millionen Menschen als Binnenvertriebene auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Sie gelten offiziell nicht als Flüchtlinge und bekommen keinerlei Unterstützung.

Kinder leiden besonders: Sie werden nicht versorgt, oft können sie nicht in die Schule.

Helfen Sie mit, vertriebenen Kindern neue Chancen zu geben!

Weitere Informationen unter
Telefon 0541/7101-128

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstraße 11a
49084 Osnabrück

Spendenkonto 700 800 700
Volksbank Osnabrück eG
BLZ 265 900 25
www.tdh.de

ALLES ROUTINE?

Wir befinden uns in einem Wahljahr par excellence – gleich mehrfach wird der Bürger um seine Stimme gebeten. Alles nur Routine? Nein, für uns bleibt der Wahlkampf 2009 extrem spannend – bis zuletzt. Neben Finanzkrise ist Bildung das Thema schlechthin. Die Versprechungen der Parteien lesen Sie überall – im DSW-Journal aber erfahren Sie, was Politiker über Bildung zu sagen haben, wenn sie keine parteipolitische Rücksicht mehr nehmen müssen. Im Gespräch mit dem Tagespiegel-Redakteur Uwe Schlicht bringen es drei Elder States(wo)men der Politik auf den Punkt: Lesen Sie das Gespräch mit Hildegard Hamm-Brücher, Klaus von Dohnanyi und Hans Zehetmair auf_Seite 10

Laut Studenten-Pisa-Test von Spiegel und StudiVZ wusste selbst unter Studierenden nicht einmal die Hälfte, wann die Bundesversammlung den Bundespräsidenten wählte. Damit Sie gut vorbereitet zur Wahlurne gehen können, finden Sie zum Magazin das anschauliche Plakat der Bundesregierung »Wie wird der Bundestag gewählt?« mit allen Informationen rund um die Wahl_Beilage

Wie ist es um das politische Engagement der Studierenden bestellt? Tino Bargel von der AG Hochschulforschung sieht den Bologna-Prozess nicht ursächlich für die zunehmende Teilnahmslosigkeit der Studieren-

den gegenüber dem politischen Geschehen. Wie Lust an Politik geweckt werden kann, erfahren Sie auf_Seite 20

Nach so viel Bildungspolitik kommen wir zu jemandem, der ganz praktisch Bildung lebt und jeden Tag dazu beiträgt, sie im Sinne der Studierenden möglich zu machen. Wir kennen sie alle, die »Facility Manager«, besser bekannt unter dem Begriff »Hausmeister«. Ohne sie läuft gar nichts – und das ist nicht nur in den Studentenwerken so. Lesen Sie mehr über den »Mann für alle Fälle« im Studentenwerk Osnabrück_Seite 22

Was fällt Studierenden zu Elite ein? Schauen Sie sich unser Plakat mit Ergebnissen des DSW-Plakatwettbewerbs »Elite! Für alle?« an. Design-Studierende haben provokante, kritische, satirische, nachdenkliche, ironische und hintergründige Arbeiten entworfen_Seite 28

Er gehört heute zur Elite, dabei hätte keiner gedacht, dass aus ihm noch etwas wird. Er fing seine Laufbahn mit Jugendarrest und Schulverweis an. Jetzt ist er ein anerkannter Professor – seit März 2009 an der Hertie School of Governance in Berlin. Spätestens seit der Shell-Studie wissen wir, dass aus Klaus Hurrelmann etwas geworden ist_Seite 30



Es wünscht Ihnen viel Spaß beim Lesen und Wählen
Ihr

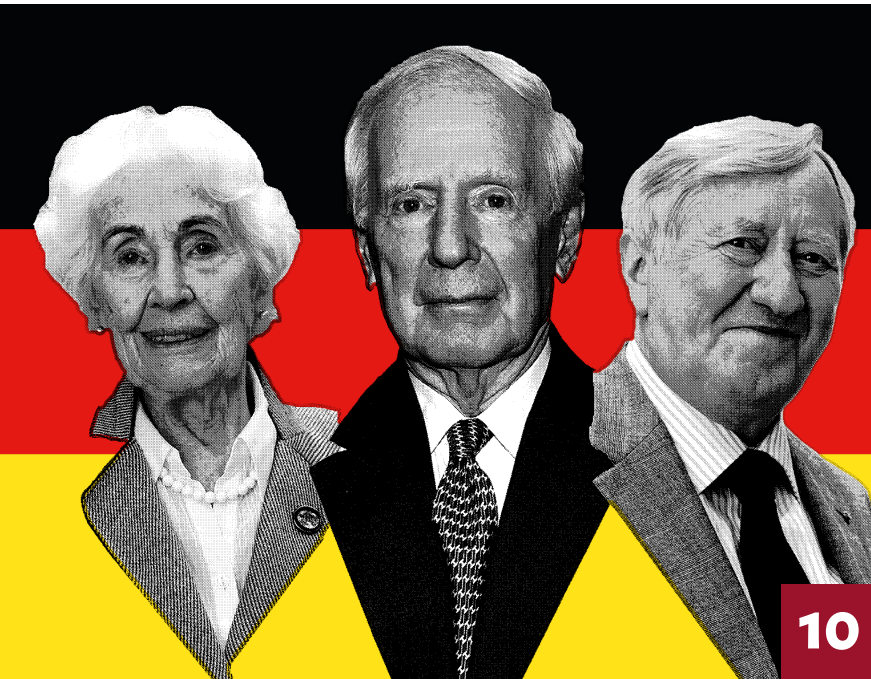
Achim Meyer auf der Heyde

Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

**»Bildung ist
das Thema
dieses
Wahljahres«**

Gespräch_»Es wiederholt sich alles«

Analyse_Die ratlose Generation



■ **CAMPUS**

6_Kurznachrichten

schnell, knapp & informativ

6_Zahlenwerk

Schattenseiten des Studiums

8_Zwischenruf

Reisfelder ade



■ **POLITIK**

Wahl-Spezial

10_»Es wiederholt sich alles«

Gespräch mit Hildegard Hamm-Brücher, Klaus von Dohnanyi und Hans Zehetmair

16_Qual der Wahl

Was die Parteien zur Bildung sagen

17_Herkunft ≠ Bildung

Das will das Deutsche Studentenwerk

18_Student Services gestalten

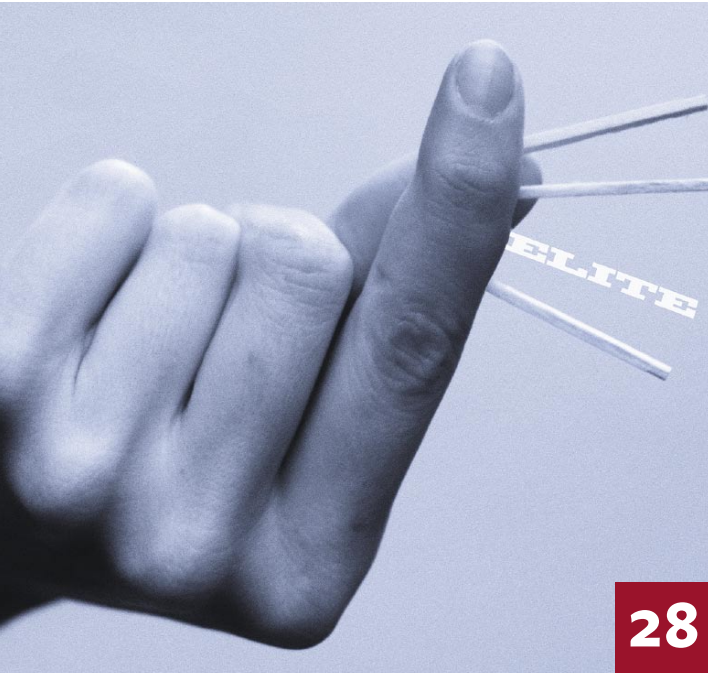
Was Hochschullehrer und Studierende in den Studentenwerken bewegen können

20_Die ratlose Generation

Tino Bargel zum politischen Engagement von Studierenden

Praxis_Elite an die Wand

Porträt_Klaus Hurrelmann



28



30

**Heft 2
Juni 2009**

■ PRAXIS

22_Ein Mann für alle Fälle

Mehr als nur ein Hausmeister

26_Zimmer mit Aussicht

Serie: Die Zukunft beginnt!
Studentenwerk Münster

28_Elite an die Wand

Die besten Plakate

■ PROFILE

30_Der Jugend-Erklärer

Sozialwissenschaftler Klaus
Hurrelmann im Porträt

■ PERSPEKTIVE

34_Hochschulen zu Unternehmen!

Thomas Straubhaars Vision
von der Uni als Unternehmen

■ COMMUNITY

36_Aus den Studentenwerken

36_Personalia

Neu an der Spitze

37_DSW-Kurzporträt

Doreen Stabenau

37_Medien

■ STANDARDS

3_Editorial

4_Inhalt

37_Impressum

38_Standpunkt

INHALT

Behinderung: Chefsache

CHANGENGLEICHHEIT Die Hochschulrektoren erklären Behindertenbelange zur Chefsache. Mit der im April 2009 beschlossenen Empfehlung »Eine Hochschule für Alle« rücken sie das Thema Chancengleichheit für Studierende mit Behinderung in den Fokus. Damit verpflichten sich die Hochschulleitungen, die spezifischen Probleme an ihren Hochschulen zu benennen und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Studierenden mit Behinderung zu ergreifen. Innerhalb eines Jahres sollen dazu auch Gespräche

mit den Beauftragten für die Belange der Studierenden mit Behinderung und deren Interessenvertretungen geführt werden. Die Umsetzung der Empfehlung soll 2012 evaluiert werden. *cs*

mit den Beauftragten für die Belange der Studierenden mit Behinderung und deren Interessenvertretungen geführt werden. Die Umsetzung der Empfehlung soll 2012 evaluiert werden. *cs*

→ www.hrk.de



Foto: OJO images/Strandperle

UNESCO: mehr Gerechtigkeit

WELTBILDUNGSBERICHT Der UNESCO-Bericht »Bildung für alle« fordert, dass die Regierungen der sozialen Gerechtigkeit dringend höhere Priorität einräumen müssen. Die Kurzfassung dieses jährlich erscheinenden Weltberichts liegt für 2009 nun auch auf Deutsch vor. Im Auftrag der UNESCO von einem internationalen Expertenteam angefertigt, evaluiert er die Fortschritte in sechs fundamentalen Bildungszielen bis 2015, zu denen sich die Weltgemeinschaft verpflichtet hat. Das kritische Fazit dieses Berichts lautet: Fortschritte werden insbesondere durch Benachteiligung aufgrund von Einkommen, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Sprache

oder Behinderung aufgehalten. Um dem entgegenzuwirken, werden Maßnahmen vorgeschlagen, die zu größerer Chancengleichheit führen können – darunter die Abschaffung von Gebühren, höhere Investitionen in Bildung, Anreize für Mädchen und benachteiligte Gruppen sowie eine stärkere Gewichtung der Bildungsqualität. Immer noch können über 700 Millionen Erwachsene weltweit nicht lesen und schreiben, jährlich fehlen etwa sieben Milliarden US-Dollar, um bis 2015 das Ziel einer Grundbildung für alle zu erreichen. *se*

→ www.unesco.de



Foto: Ilija C. Hendel

ZAHLENWERK Schattenseiten des Studiums

66 Prozent der Studierenden haben Beratungsbedarf, am meisten zur Studienfinanzierung. Aber auch studienleistungsbezogene Probleme sowie Schwierigkeiten im persönlichen Umfeld beschäftigen die Studierenden. **16 Prozent** der Studierenden, die Beratungsbedarf angemeldet haben, haben Zweifel, ihr Studium überhaupt fortführen zu können. Arbeitsprobleme und Zeitmanagement sind mit **15 Prozent** ebenso wichtige Bereiche wie Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten, Prüfungsangst sowie Lern- und Leistungsprobleme.

Noch **8 Prozent** der Studierenden mit Beratungsbedarf haben angegeben, dass sie unter Studienabschlussproblemen leiden. Eine beachtliche Zahl der Studierenden hat Beratungsbedarf

zu Problemen im persönlichen Umfeld: **14 Prozent** leiden unter depressiven Verstimmungen, **11 Prozent** an mangelndem Selbstwertgefühl, gefolgt von Partnerschaftsproblemen, Problemen im familiären Umfeld und Kontaktschwierigkeiten. **2 Prozent** der Studierenden mit Beratungsbedarf geben an, dass sie Probleme mit Alkohol und anderen Drogen haben. Vermehrt leiden Studierende auch unter Vereinsamung und Internetsucht. Letzteres lässt sich mit Zahlen noch nicht konkret belegen, wird aber in Zukunft ein Thema

in den 41 Psychologischen beziehungsweise Psychosozialen Beratungsstellen der Studentenwerke sein.

Quelle: 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks/HIS



Foto: Photodisc/Strandperle



Foto: T-Mobile

Käfig-Eier: nein!

GOLDENES EI Die Studentenwerke Düsseldorf, Erlangen-Nürnberg, Karlsruhe, Köln sowie das Hochschulwerk Witten/Herdecke e.V. sind für die Verwendung von Eiern aus alternativen Haltungsformen mit dem Tierschutzpreis »Das goldene Ei« ausgezeichnet worden. Die internationale Tierschutzorganisation Compassion in World Farming ehrt mit dem Preis Unternehmen, die auf den Einsatz von »Käfig-Eiern« verzichten und so ein Zeichen gegen die Haltung von Hennen in Legebatterien setzen. Damit sind die Studentenwerke in Deutschland im öffentlichen Sektor absolute Vorreiter auf diesem Gebiet und gehören nun zum Kreis bekannter vorheriger Preisträger, wie zum Beispiel der Kantine des Europaparlaments. *jf*

→ www.ciwf.org.uk/good_egg_awards/german



Starköche in der Mensa

CAMPUS COOKING Wie im vergangenen Jahr bieten auch im Sommersemester 2009 zehn deutsche Mensen ihren Gästen wieder ein ganz besonderes kulinarisches Erlebnis: Die beiden bekannten TV-Köche Patrick Gebhardt und Stefan Wiertz verwöhnen die Studierenden im Rahmen der diesjährigen T-Mobile Campus Cooking-Tour jeweils eine Woche lang mit leckeren Gerichten wie »Schweinefilet in Serrano« oder »Chili-Kokos-Hühnchenkeule« – und das zu gewohnt günstigen Mensapreisen. Die teilnehmenden Mensen, die Termine sowie die besten Rezepte gibt es auch zum Downloaden im Internet. *jf*

→ www.t-mobile.de/young/campuscooking

Studieren mit Herz

SERVICE LEARNING Sie sind angehende Juristen und haben eine studentische Rechtsberatung gegründet, um Menschen zu helfen, die sich ansonsten keinen Rechtsbeistand leisten könnten. Damit leisten die Studierenden nicht nur Gutes, sondern vertiefen auch ihr eigenes Wissen. Nur ein Beispiel für »Service Learning«. Die Idee kommt aus den USA. Um sie auch in Deutschland zu etablieren, haben sich jetzt sechs Hochschulen in Mannheim, Würzburg, Essen-Duisburg, Erfurt und im Saarland zum Netzwerk »Bildung durch Verantwortung« zusammengeschlossen: Studierende sollen künftig stärker dabei unterstützt werden, sich gesellschaftlich zu engagieren und dabei ihr an der Hochschule erworbenes Wissen in der Praxis zu erproben. *avw*

→ www.netzwerk-bdv.de



Dächer als Geldanlage



ALTERNATIVE ENERGIE Würden Sie Ihr Geld aufs Dach legen? Menschen in Berlin, Leipzig, Karlsruhe, Hannover oder Kassel tun es. In immer mehr Städten gründen

sich derzeit studentische Netzwerke, die sich nichts weniger als die Energiewende auf dem Hochschuldach zum Ziel gesetzt haben. Die Idee ist so genial wie einfach: Die vielen Dachflächen der Hochschulen sollen genutzt werden, um klimafreundlichen Strom aus Sonnenenergie zu gewinnen. Studierende und Hochschulangehörige beteiligen sich mit verzinsten Darle-

hen an der Installation von Photovoltaikanlagen. Über den Verkauf des gewonnenen Stroms an die lokalen Stromversorger werden die Zinsen finanziert und die Darlehen zurückgezahlt. Und es funktioniert: Der Kreis an Initiativen wächst. Ganz neu dabei ist jetzt Dresden, und Karlsruhe startet sogar schon ein zweites UniSolar-Projekt. *avw*

→ www.unisolar-netzwerk.de

Durchschnittsstudent gesucht



Foto: Irina Schweigert

SOZIALERHEBUNG
Wie finanzieren sich die zwei Millionen Studierenden in Deutschland? Wer studiert, wer nicht? Wie aufwändig ist ein Bachelor-Studium? Wie finanzieren die betroffenen Studierenden ihre Studiengebühren? Gibt es den »Durchschnittsstudenten« überhaupt? Mit seiner neuen Sozialerhebung zur wirtschaftlichen und

sozialen Lage der Studierenden will das Deutsche Studentenwerk Antworten liefern. Die bundesweite Studierenden-Befragung startete im Mai 2009 zum 19. Mal. Sie wird durchgeführt von der Hochschul-Informationssystem GmbH und finanziert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2010 vorgestellt werden, für das Frühjahr 2011 ist eine Sonderauswertung zur Lage der Bachelor-Studierenden geplant. *sg*

→ www.sozialerhebung.de

EUA mit deutscher Spitze

MARGRET WINTERMANTEL Die European University Association (EUA) ist die größte Vereinigung europäischer Hochschulen mit über 800 Mitgliedern in 46 Ländern und fungiert als europäische Vertretung der Hochschulrektoren. Sie ist offizielles Mitglied in der Bologna Follow-up Group. Seit März 2009 ist die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Margret Wintermantel, Mitglied des Vorstands der EUA. Die Europäische Hochschulvereinigung ist maßgeblich am Bologna-Prozess beteiligt. *ml*

→ www.eua.be



Foto: Renate Schildheuer

Zwischenruf Reisfelder ade

Studierende – das sind junge Menschen, flexibel und formbar. Studierende sind mobile Menschen, geistig und körperlich – natürlich nur, sofern sie gesund sind. Wie ein Schwamm nehmen sie begierig neue Eindrücke auf. Mit Vorliebe in der Fremde. Wen wundert's also, dass noch vor einigen Jahren, zu Zeiten der guten alten Magister- und Diplomstudiengänge, oder gar des ehrwürdigen Staatsexamens, Auslandsaufenthalte quasi zum Stundenplan gehörten. Ohne ging nicht. Ein Semester in Großbritannien, Frankreich, Taiwan, Kolumbien oder Kenia – je nach Studienfach oder Gusto. Meistens hat es sich sogar wirklich gelohnt. Denn, siehe da, plötzlich rissen sich die Arbeitgeber um die vielseitigen und welterfahrenen Hochschulabsolventen. Alles bestens. Doch dann folgte die berühmt berüchtigte Konferenz in Bologna. Alles neu. 2010 sollen die Studiengänge auf Bachelor und Master umgestellt



sein. Ziel sind eine Vereinheitlichung und ein unkomplizierter Wechsel des Studienstandorts innerhalb des grenzenlosen Europas. Oder kurz gesagt: MOBILITÄT. Zwischenfrage: Hatten wir die nicht vorher schon? Zwischenbilanz: Wie steht's jetzt mit der Reiselust der Studierenden? Schlechter! Wie kann das sein? Zwar hat die Auslandsmobilität von Studierenden der alten Studiengänge zugenommen (sie nutzen es noch schnell), beim Bachelor an Universitäten gehen die Zahlen dagegen stark zurück. Kein Wunder – keiner hat mehr Zeit, um sich fremden Wind um die Nase wehen zu lassen. Die Auslandsaufenthalte verlagern sie in die postgradualen Studiengänge. Traurig: Wer also in Zukunft einen Bachelor-Studiengang ohne vorgeschriebenen Auslandsaufenthalt belegt, wird in die Röhre schauen – und nicht mehr auf die Tower Bridge oder die japanischen Reisfelder. *Ihr Constantin Quer*

Foto: Vumua



Ostdeutschland lockt

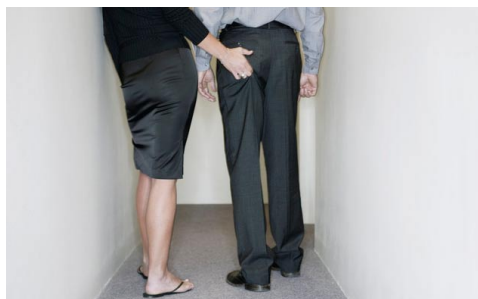
WETTBEWERB Mit einer provozierenden, multimedialen Werbekampagne wollen die neuen Bundesländer, unterstützt von der Bundesregierung, Studierende aus Westdeutschland an die Ost-Hochschulen locken. »Studieren in Fernost« ist das Motto der auf mehrere Jahre angelegten Kampagne, die unter anderem auf »virales Marketing« über das Online-Portal SchülerVZ setzt. Die ostdeutschen Studentenwerke unterstützen die »Hochschulinitiative Neue Bundesländer« mit umfangreichem Datenmaterial, auch das

Deutsche Studentenwerk ist eingebunden. Sein Präsident, Rolf Dobischat, ist Juryvorsitzender des ersten von vier geplanten Hochschul-Wettbewerben. Bei »Schneller ins Studium« sind innovative, neue Beratungs- und Marketing-Angebote für Schülerinnen und Schüler gefragt, mit denen die ostdeutschen Hochschulen den Übergang von der Schule an die Hochschule erleichtern wollen. Den ersten Preis in Höhe von 100 000 Euro holte sich die Universität Leipzig. *sg*
→ www.studieren-in-fernost.de

Bildungsrepublik Deutschland?

ZEIT KONFERENZ Wie soll Deutschland zu einer Bildungsrepublik werden? Das fragen sich am 3. Juli 2009 bei der »ZEIT KONFERENZ Hochschule und Bildung« in Frankfurt am Main Hochschulverantwortliche, Politiker und Unternehmer. Vor allen Dingen werden die Möglichkeiten der Finanzierung auf der Agenda stehen: öffentliche Mittel, Fundraising, Networking, Alumni-Arbeit etc. *ml*
→ <http://veranstaltungen.zeit.de/bildung>

Ein Wort, ein Blick...



SEXUELLE BELÄSTIGUNG Manchmal ist es ein Wort. Manchmal eine Berührung. Eine subtile Andeutung, ein taxierender Blick oder eine offene Beleidigung – sexuelle Belästigung ist alltägliche Realität. Auch für viele Studierende. Von Verunsicherung über Depressionen bis zu Studienversagen können die Folgen reichen. Dem wachsenden Beratungsbedarf hat das Studentenwerk München Rechnung getragen und eine Beratungsstelle gegen sexuelle Belästigung, Diskriminierung und Gewalt eingerichtet. Studentinnen und Studenten können sich hier kostenlos psychologisch beraten und über Schutzmaßnahmen informieren lassen. *avw*

→ www.studentenwerk-muenchen.de/beratung

Wortmeldungen

»Zwischen vollgepackten Stundenplänen und mehr als einem halben Dutzend Klausuren am Semesterende bleibt mir und meinen Kommilitonen in B.A.-Studiengängen wenig Zeit, um Lehrveranstaltungen rein aus Interesse zu besuchen. Von Humboldt höre ich in der Uni kein einziges Mal, sein Bildungsideal erklärt mir Wikipedia«

Der Student Jakob Schulz in
Forschung & Lehre 3/2009

»In Europa gibt es Hunderttausende, wahrscheinlich Millionen junger Menschen, die eine Hochschulbildung haben und trotzdem keine Jobs finden. Das ist wie Sprengstoff«

Der Historiker Timothy Garton
Ash in der Berliner Zeitung vom
28./29. 3. 2009

»Die nützliche Forschung ist wie die »unternehmerische Universität« oft nicht mehr als ein Mythos, weil auch dann, wenn sie empirisch nicht verifiziert werden kann, weiterhin an sie geglaubt wird«

Jürgen Kaube in der Frankfurter
Allgemeine Zeitung vom 25. 3. 2009

»Je stärker man ein Studium durchstrukturiert, desto mehr befördert man Stromlinienförmigkeit und verhindert produktive Umwege«

Der Politologe Roland Bloch auf
Spiegel Online, ab 1. 4. 2009

»Es wiederholt sich alles«

BILDUNGSPOLITIK Ideologie, Streit – aber auch Konsens: Hildegard Hamm-Brücher, Klaus von Dohnanyi und Hans Zehetmair erinnern sich. Ein ehrliches Gespräch über Versäumnisse und Versandungen in der deutschen Bildungspolitik.

60 Jahre Grundgesetz, 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland, 20 Jahre Fall der Mauer – das sind die zentralen Jubiläen dieses Jahres. Hochzeit für Rückblicke. Gleichzeitig steht die Bundestagswahl an, die wichtigste Entscheidung über die politische Zukunft Deutschlands. Dem DSW-Journal ist es gelungen, drei Prominente an einen Tisch zu bekommen, die die Bildungspolitik in Deutschland entscheidend geprägt haben: Hildegard Hamm-Brücher (ehemals FDP), Klaus von Dohnanyi (SPD) und Hans Zehetmair (CSU). Das Gespräch führte Uwe Schlicht.

Schlicht: Sind Sie zufrieden mit dem Stand der Bildungs- und Hochschulpolitik in Deutschland?

Von Dohnanyi: Nein.

Hamm-Brücher: Die Bildungs- und Hochschulpolitik beurteile ich als nicht sehr erfolgreich. Die Versäumnisse liegen nicht nur bei der Finanzierung. Es gab auch so enorme Verspätungen, dass wir immer wieder in große Schwierigkeiten gekommen sind.

Schlicht: Hätte man mutiger sein können nach 1945 mit der Bildungsreform, Herr Zehetmair?

Zehetmair: Die Länder hätten es sein können, denn die Kulturhoheit war das hohe Gut der Länder. Die Wege in den Ländern sind unterschiedlich verlaufen. Als Nachteil habe ich es empfunden, dass →



Fotos: Kay Herschelmann (1+3), Thomas & Thomas/Mario Schultze-Coulon (2)



→ die Bildung stärker ideologisch belastet war als jedes andere Thema. Wir können uns in vielen Bereichen parteipolitischen Streit leisten. In der Bildung aber ist das uns anvertraute Gut, die Kinder, das höchste, das es gibt.

Hamm-Brücher: In den deutschen Universitäten wurde keine wirkliche Aufarbeitung der Nazizeit geleistet. Selbst heute haben wir nach 50 Jahren immer wieder Schwierigkeiten, überhaupt an die Wurzeln der Zeit nach Hitler vorzustoßen und die Versäumnisse zu verstehen, die seit jenen Jahren angelegt sind. Verschiedene Reformbemühungen, vor allem Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre, waren ja sehr vernünftig, sind aber wieder versandet.

Schlicht: Muss das eigentlich sein, dass Bildungspolitik so ideologisch belastet ist?

Zehetmair: Zur Verdeutlichung ein Vergleich: Die Wirtschaftspolitik hat nicht so viele Chancen wie die Bildung, erfolgreich der Ideologie zu frönen. Und die Wirtschaft kann auch in privater Verantwortung vieles machen – Richtiges und Falsches. Bildungspolitik dagegen ist in allen Verfassungen als ein Auftrag der öffentlichen Hand verankert.

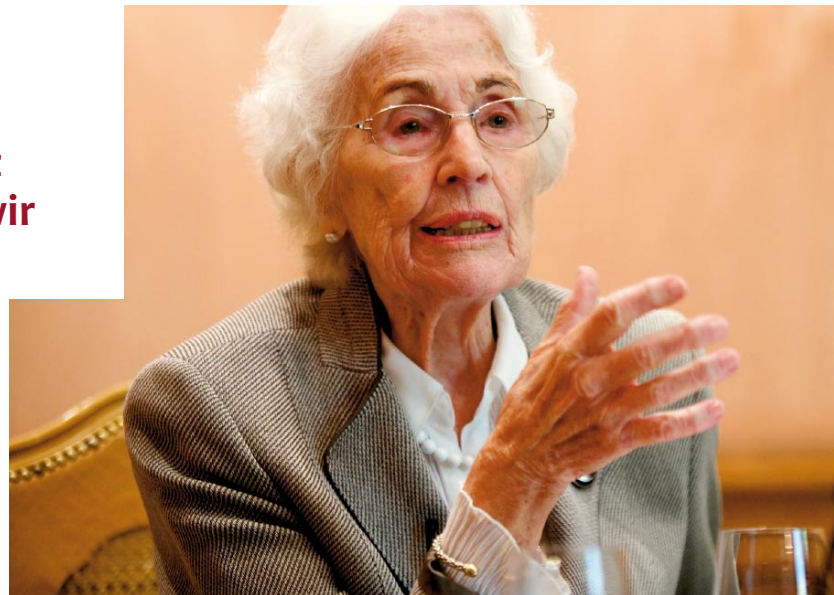
Hamm-Brücher: Die Ideologie ist ein heftiger Virus in der ganzen Bildungspolitik. Und zwar schon in der Weimarer Republik, als die Progressiven, die Liberalen und die Sozialdemokraten eine längere Schulzeit für alle Kinder forderten, keine Trennung schon nach dem vierten Schuljahr wünschten, mehr Förderung für Kinder in ausbildungsfernen Familien verlangten. Der Streit um diese Fragen ist nach 1945 wieder voll entbrannt. Ich war eine junge Landtagsabgeordnete, als man in Bayern das ganze Grundschulwesen in Konfessionsschulen zerschlug. Am Schluss hatten wir 8000 einklassige Volksschulen, einen minimalen Übergang an weiterführende Schulen, fast keine Mädchen unter den Abiturienten und wir hatten ein ungeheures Defizit an weiterführenden Schulen. Das Land Bayern sorgte nur für die Jungenschulen, die höheren Mädchenschulen waren ausschließlich den Kommunen und den Kirchen überlassen. Das waren alles Defizite, die sich durch die Jahrzehnte in furchtbaren ideologischen Kämpfen, in denen ich fast zermürbt worden bin, niederschlug. Fast alles musste schrittweise mit Millimeterfortschritten erkämpft werden.

Schlicht: Springen wir von der frühen Nachkriegsgeschichte in die 1960er Jahre und danach. Ich sehe Wellenbewegungen von einer Phase der Spitzenbewertung der Bildung während der Regierungszeit Brandt/Scheel in den Absturz einer nachrangigen Bedeutung, zum Bildungsgipfel 2008 schien wieder ein positiver Höhepunkt erreicht zu sein.

»Wir haben immer den Sozialstaat dem Bildungsstaat vorgezogen. Das ist die Misere, in der wir stecken«

Von Dohnanyi: Ich glaube nicht, dass wir diese Wechselstimmungen wirklich haben; vielleicht mit Ausnahme der 1960er und 1970er Jahre. Bildung und Wissenschaft sind verbal politisch stets aktuell, aber in der Praxis dominieren die Themen, die kurzfristig wirksam sind; das sind Bildung und Wissenschaft naturgemäß nicht.

Zehetmair: Ich glaube nicht, dass jeweils die verantwortliche Generation der Politikerinnen und Politiker diese Periode nur als Wellengang empfunden hat. Die verantwortlichen Politiker haben die Windrichtung unterschiedlich empfunden. Es gibt keinen Politiker, der nicht meinte, dass er das Beste will. Aber objektiv, unter dem Gesichtspunkt der Geschichte betrachtet, sind leider zwei unterschiedliche Qualitäten herausgekommen. Um in die Gegenwart zu springen und die schwierige Zeit der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 und 2010 in den Blick zu nehmen: Unsere Aufmerksamkeit sollte darauf gerichtet sein, dass zwischen Worten und Taten eine gewisse Symmetrie erreicht wird. Gewiss sind Finanzprobleme da, die waren immer da und immer haben wir zu viel ausgegeben und den Menschen zu viel Geld abgenommen. Man hätte die Bildung nicht zum Nullbolus



ZUR PERSON

Hildegard Hamm-Brücher

88, geboren in Essen, Kindheit in Berlin, Dresden, Salem und Konstanz. Chemiestudium ab 1939 in München, 1945 Promotion, danach wissenschaftliche Redakteurin für »Die Neue Zeitung«. Von 1948 bis 1954 war sie im Stadtrat von München, von 1950 bis 1966 sowie von 1970 bis 1976 Mitglied des Bayerischen Landtags. Von 1969 bis 1972 war Hildegard Hamm-Brücher Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. 1976 holte sie Hans-Dietrich Genscher als Staatsministerin ins Auswärtige Amt. 1994 kandidierte sie für das Amt der Bundespräsidentin. Von 1948 bis zu ihrem Austritt im Jahr 2002 war sie Mitglied der FDP. Hildegard Hamm-Brücher ist Witwe und hat zwei Kinder.

»Wir haben kein kompatibles System zwischen der Zahlung von Studiengebühren und der Gewährung von Stipendien«

anbieten, sondern auch für eine Gegenleistung eintreten sollen. Bei der bevorstehenden Auswertung des Bildungsgipfels von 2008 muss man von den Regierungschefs der Länder und der Bundeskanzlerin einfordern, dass sie nicht immer die Finanzminister siegen lassen. Vielmehr sollte die Bildungspolitik, die als Megaaufgabe bezeichnet wird, dann auch entsprechend behandelt werden.

Hamm-Brücher: Ich habe den ersten großen Aufbruch miterlebt, der als Folge von Georg Pichts Buch über die deutsche Bildungskatastrophe im Jahr 1964 verheißungsvoll anfang. Ich erinnere mich noch an eine Kultusministerkonferenz, in der alles, was damals angelegt war, von Ganztagschulen, Vorschulerziehung bis zur Bildungsförderung für Mädchen, wieder versandete. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt proklamierte in seiner Regierungserklärung die Forderung »Mehr Demokratie wagen«. Dies galt insbesondere für den Bildungsbereich. Nach drei oder vier Jahren versickerte dieses Engagement, was ich ihm persönlich – politisch vor allem – sehr übel genommen habe.

Schlicht: Ich will Ihnen Beispiele für den Zickzackkurs in der Bildungspolitik nennen: Hohe Priorität für die Bildung nach Pichts Buch, dann der Ölpreisschock von 1973 und der Pillenknick, die Angst vor einer Akademikerschwemme, Untertunnelung des Studentenbergs, Massen-Unis. Heute der Umschwung mit dem Hochschulpakt, dem Forschungspakt und dem Elitewettbewerb. Bildung sei entscheidend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands.

Von Dohnanyi: Ich habe diesen Stimmungswandel so nicht erlebt. Das Thema »Akademikerschwemme« durchsetzte ja schon die Debatte der 1960er und frühen 1970er Jahre.

Hamm-Brücher: Es wiederholt sich alles. Wir haben in unserem Staat auch in Zeiten der erfolgreichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung immer den Sozialstaat vorgezogen und nicht etwa den Bildungsstaat. Das ist die Gesamtmisere, in der wir stecken. In diese Misere drohen wir jetzt noch einmal tiefer hinein zu rutschen, als wir uns das je vorgestellt haben. Diese immer wiederkehrenden Hauptargumente – wir haben zu viele Akademiker, wir bilden zu viele Akademiker aus, wir haben zu viele Abiturienten – sind mir über Jahrzehnte um die Ohren geschlagen worden. Wenn ich dann den Kritiker fragte: »Haben Sie Kinder?«, und er bejahte es, fragte ich weiter: »Und was machen sie?« »Sie studieren, und ich bin sehr stolz darauf«. Diese Mentalität hat sich nicht geändert.

Zehetmair: Ein gewisser Mentalitätswandel ist heute schon feststellbar. Aber der Vollzug ist immer noch schwer. Wir hatten auch da ideologische Gräben. Die einen setzten auf nachberufliche Bildung und Qualifizierung und sagten, wir haben viel zu viele Weißkittel, zu wenige Blaukittel. Die anderen haben den Eindruck vermittelt, als würden sie für alle das Abitur und das Hochschulstudium fordern.



ZUR PERSON

Hans Zehetmair

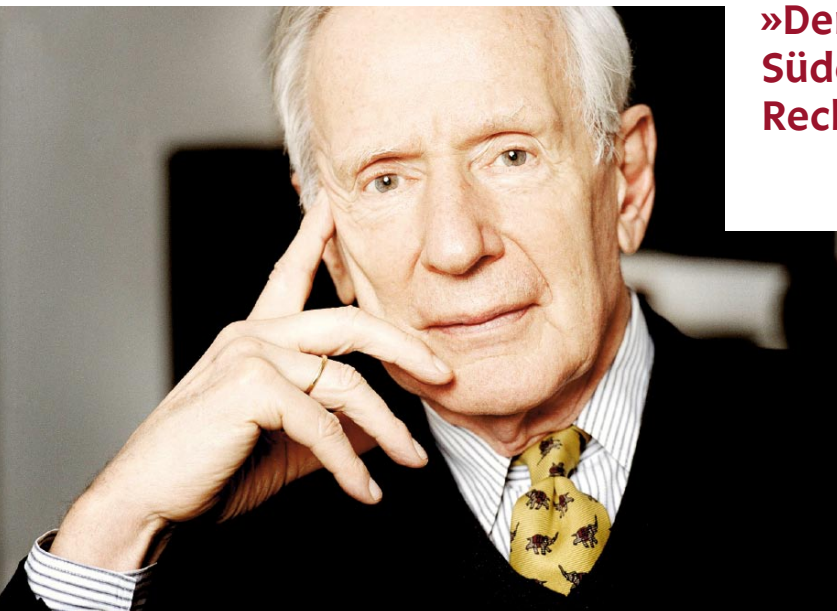
73, geboren in Langengeisling bei Erding, seit 50 Jahren in der CSU, studierte Klassische Philologie, Germanistik, Geschichte und Sozialkunde in München. Nach dem Studium war er von 1964 bis 1974 als Gymnasiallehrer tätig. Von 1974 bis 1978 und von 1990 bis 2003 war Zehetmair Mitglied des Bayerischen Landtags. Zehetmair wurde 1986 Staatsminister für Unterricht und Kultus, von 1990 bis 1998 bekleidete er das Amt des Staatsministers für die Bereiche Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, von 1998 bis 2003 für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Von 1993 bis 1998 war er stellvertretender Ministerpräsident des Freistaats Bayern. Hans Zehetmair ist verheiratet und hat drei Kinder.

Einen Weg der Mitte zu finden, ist für die Deutschen immer schon schwierig gewesen. Andererseits sollten wir uns jetzt nicht verstecken, als wären die anderen alle gut, sondern wir müssen auch sehen, dass wir über die Jahrzehnte in Forschung und Wissenschaft immer an der Spitze bestehen konnten, nur nicht in der Lehre. Und das ist ganz eindeutig der Fehler der Politik. Als es uns finanzpolitisch gut ging und wir Geld hatten, haben wir keine angemessene Personalausstattung ermöglicht, die man sich hätte leisten können, um eine Stabilität in der Studentenbetreuung zu gewährleisten.

Schlicht: Die Regierung Brandt/Scheel wollte »Mehr Demokratie wagen« und alle Bildungsreserven ausschöpfen. Ist diese Politik auch aus ideologischen Gründen gescheitert?

Hamm-Brücher: Nein, sie ist versandet. Sie ist sozusagen – wie immer in der Politik, wenn es nicht mehr klappt – den so genannten Sachzwängen erlegen. Denn wir haben uns ja auch weiter entwickelt und haben mit minimalen Maßnahmen den großen Studentenberg zu bewältigen versucht, der in den 1980er Jahren zum Problem wurde und jetzt auch wieder zu erwarten ist. In Wirklichkeit handelte es sich um den Versuch, den Studentenberg zu untunneln. Da versuchte man einfach zu überbrücken, weil man nachher keine leeren Hochschulen haben wollte und auch keine Professoren, die kaum mehr zu lehren hatten. Diese Sollbruchstelle ist keine offizielle Absage an die Bildungsexpansion gewesen. Sie ist einfach versandet und nicht mehr →

→ interessant gewesen. Dann kam die Umweltpolitik als großes Thema, dann kamen der Nato-Doppelbeschluss und die Friedenspolitik und darüber ist alles verblasst, was wir damals an wirklich vernünftigen Vorhaben konzipiert hatten. Dadurch, dass wir das Hochschulsystem nicht rechtzeitig in vernünftige Studiengänge und Abschlüsse geordnet haben, sind wir jetzt wieder vor der gleichen Situation und quälen uns mit Master- und Bachelorabschlüssen herum, ohne dass diese wirklich von den Universitäten akzeptiert werden. Das finde ich sehr bedauerlich, denn in der ganzen Welt gibt es das nicht, dass 20 bis 36 Prozent eines Jahrgangs sieben Jahre studieren müssen. Das ist einfach eine Zeitvergeudung und auch sinnlos für die jungen Menschen, weil es falsche Hoffnungen weckt. Also, die Idee einer Gesamthochschule, in der ein Grundstudium berufsqualifizierend abgeschlossen wird, ist die dringende Notwendigkeit und danach sollen Aufbaustudien für diejenigen folgen, die sich dazu eignen. Spätere Fortsetzungsstudien in der Berufsausübung gehören dazu.



»Der konservative Süden der Republik hat Recht behalten«

ZUR PERSON

Klaus von Dohnanyi

81, geboren in Hamburg, studierte in München Jura und promovierte 1949. Es folgte ein Studium an den amerikanischen Universitäten Columbia, Stanford und Yale. 1957 trat er der SPD bei. Im März 1969 wurde von Dohnanyi Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, von 1972 bis 1974 war er Bundesminister in diesem Ministerium. Im Dezember 1976 wurde von Dohnanyi als Staatsminister in das Auswärtige Amt berufen. Von 1981 bis 1988 wechselte er als Erster Bürgermeister nach Hamburg. Von 1969 bis 1981 war er Mitglied des Deutschen Bundestags – stets über die Landesliste Rheinland-Pfalz. Klaus von Dohnanyi ist verheiratet und hat drei Kinder.

Schlicht: Herr Zehetmair, hatte die Union Angst vor einer sozialdemokratischen Bildungsreform für die Massen?

Zehetmair: Ich nenne mal das Beispiel Bayern. Wir haben hier wesentlich mehr für die Bildungsexpansion getan, als viele meinen. Über die Zielsetzungen konnte man streiten. Wir haben auch immer dann auf Leistung gesetzt, als es gar nicht mehr en vogue war. Jetzt, da sich Gott sei Dank alle dem Konsens nähern, können wir sogar das Wort »Elite« wieder in den Mund nehmen. Es gab Zeiten, in denen es sündhaft war, von Elite zu reden. Ich kann Ihnen sagen, kürzlich habe ich noch gelesen, dass die nordrhein-westfälische Schulministerin eine Order ausgegeben hat, es solle niemand durchfallen. Das ist ein pädagogisch erstrebenswertes Ziel, aber eine Anordnung vom Ministerium lässt tief blicken, wenn man das nur tut, um die Statistik zu beschönigen.

Schlicht: Herr von Dohnanyi: Stichworte »Demokratie wagen« und »Ausschöpfung aller Bildungsreserven«...

Von Dohnanyi: Diese politischen Ansätze sind auch unter Helmut Schmidt im Wesentlichen fortgeführt worden. Aber die Debatten der 1960er und 1970er Jahre waren insgesamt sehr euphorisch, oft wenig realitätsbezogen. Das begann mit einer Überforderung des Staates in Fragen der Lehrerbesoldung und endete mit der Forderung einer faktischen Abschaffung aller Zwischenprüfungen. In diesen Zusammenhang muss man eingestehen, dass der konservative Süden der Republik Recht behalten hat. Das Ende der Euphorie kam weniger aus der Politik als aus der Realität.

Schlicht: Herr von Dohnanyi, haben Sie eine Idee, wie man Jugendliche aus der so genannten Unterschicht fürs Studium gewinnen kann?

Von Dohnanyi: Es gelingt dort besser, wo die Kinder schon länger – bis mindestens in das 6. Schuljahr – gemeinsam zur Schule gehen. Es ist dort besonders schwer, wo Elternhäuser in Migrantenfamilien selbst eine Sperre darstellen. Hier hätte man viel früher neben eingehender Überzeugungsarbeit auch Zwänge einsetzen müssen.

Schlicht: Herr von Dohnanyi, haben Sie eine Idee, wie man Jugendliche aus der so genannten Unterschicht fürs Studium gewinnen kann?

Schlicht: Kommen wir zu einem anderen Thema. Welche Rolle soll die Wirtschaft in der Bildung spielen?

Zehetmair: Es gab ideologische Feindbilder gegenüber der Wirtschaft. Und es ist nicht gesehen worden, dass wir ohne Wirtschaft und finanzielle Möglichkeiten auch keine guten Bildungsangebote machen können. Natürlich muss die Wirtschaft eingebunden sein, aber die erste Verantwortung liegt beim Staat bei der Förderung für das Kind. Denn die Wirtschaft ist sehr sprunghaft in ihren Forderungen nach aktuellen Veränderungen. In einer Zeit des lebenslangen Lernens, in der so vieles sich ändert im Laufe eines Berufslebens, ist



es ganz wichtig, dass die Bildungspolitik sich immer wieder fragt, welches Grundwissen und welche Bildung man braucht, um das Kind zum jungen Erwachsenen zu formen. Und dann erklärt die Deutsche Bank, wir brauchen aber kein Deutsch mehr, wir in der Deutschen Bank müssen alle Englisch reden. Das kann nicht unser Bildungsauftrag sein.

Hamm-Brücher: Und jetzt ruiniert die Wirtschaft unser ganzes System.

Schlicht: Ist es der Öffentlichkeit eigentlich zu vermitteln, dass es bis heute keine Entscheidung über die Einführung eines dritten Stipendiensystems neben BAföG und der Hochbegabtenförderung der Stiftungen gibt?

Von Dohnanyi: Ich halte ein solches »drittes« System nur für verantwortlich, wenn es ausschließlich auf Leistung, also auf exzellenten Schul- und Studienerfolgen gründet. Sonst wird der billige Anspruch uferlos. Bildung ist eben auch Verantwortung.

Hamm-Brücher: Ich habe nie verstanden, warum ich für meine studierenden Kinder keine Studiengebühren bezahlen musste. Ich habe auch nicht kapiert, warum ich für den Schulbus meiner Kinder nichts zahlen sollte. Wir haben es dringend nötig, dass wir Stipendien für die Kostenerleichterung bei den Studiengebühren und gewiss auch Hilfen für die Schulen aus dem wohlhabenden Teil unserer Gesellschaft bekommen. Aber ein Stipendiensystem sollte gestuft sein und ungefähr einem Drittel bis 40 Prozent der jungen Menschen Hilfe geben. Neue Stipendien sollten überwiegend aus privaten Mitteln aufgebracht werden und da sollten unsere Herren von den Banken sich einmal überlegen, ob das nicht eine sehr solide Form wäre, ihre in guten Zeiten erzielten Überschüsse anzulegen.

Zehetmair: Weil ich aus einfachen Verhältnissen stamme, habe ich in meiner Zeit als Minister deswegen die Studiengebühren nicht eingeführt, weil ich vor allem gegen das Odium kämpfen wollte, dass ein Jugendlicher aufgrund der finanziellen Verhältnisse im Elternhaus nicht studieren kann. Wir haben kein kompatibles System zwischen der Zahlung von Studiengebühren und der Gewährung von Stipendien. Dass dabei die Wirtschaft, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nichts macht, weiß ich. Immer wieder höre ich von Managern das Argument: Wir zahlen eh schon zu viel Steuern. Und wenn man denen sagt, dass der Global Player bei der Fusionierung der HypoVereinsbank keine Steuern bezahlt hat, sondern, dass es viel schlimmer war, das will man dann nicht hören.

Fotos: Kay Hirschelmann

Schlicht: Letzte Frage: Wird die Kultusministerkonferenz ihrer neuen Rolle nach der Föderalismusreform gerecht? Oder war es ein Fehler, dem Bund die Möglichkeiten zu nehmen, auch in die Schulbildung zu investieren?

Von Dohnanyi: Es gab eine seit Langem anstehende und notwendige Rückkehr zu klaren, föderalen Verantwortungen. Es ist doch kein Zufall, dass 30 Jahre »Bildungsgesamtplan« und gemeinsame Bildungsplanung so unbefriedigend verlaufen sind, aber zwei Jahre »Pisa« den Ländern endlich Beine gemacht haben. Ein föderales System lebt vom Wettbewerb und von klaren Verantwortungen, und der Föderalismus steht nun einmal unabänderlich im Grundgesetz.

Hamm-Brücher: Ich fand im alten Grundgesetz die 1969 eingeführten Artikel 91a, der die Mitwirkung des Bundes beim Hochschulbau regelt, und 91b, der die gemeinsame Bildungsplanung und Forschungsfinanzierung ermöglicht, sehr gut. Wir haben in der Bund-Länder-Kommission sehr gute Sachen gemacht. Wir haben in der Forschungsförderung und beim Hochschulbau sehr gut zusammengearbeitet. Diese Föderalismusreform I hat nur im Bildungsbereich Nachteile gebracht, sonst gar nichts. Die Länder sind gar nicht imstande, diesen Aufgaben alleine gerecht zu werden. Darum glaube ich, dass eine eigentliche Föderalismusreform daran gemessen werden müsste, ob wir endlich die Vielfalt unserer Bundesländer auf etwa ein Drittel verringern können. Die winzigen, nicht lebensfähigen Länder sollte man zusammenlegen und dadurch eine vernünftige Bund-Länder-Struktur erreichen. Dann sollten Bund und Länder bei der Bildungsfinanzierung wieder zu einer Kooperation kommen. Die Bundesforschungsministerin, Annette Schavan, ist völlig verzweifelt darüber, wie alles in der Bildungspolitik ohne Bundesverantwortung zerfleddert.

Zehetmair: Verfassungsrechtlich ist zu sagen, dass die Föderalismusreform I wieder klarere Zuständigkeiten der Länder gebracht hat und ein nicht nur legaler, sondern richtiger Schritt war. Der mutigen Aussage der Grande Dame, dass die Schwäche in der Unterschiedlichkeit der Länder liegt, kann ich nicht widersprechen.

Hamm-Brücher: Wir schauen immer auf den Schlitz in irgendeiner Wahlurne und darum kann die Sache nie wirklich angepackt werden, weil ständig Landtagswahlen sind, und weil deswegen nur abgewartet wird. Dann kommt schon die nächste Wahl. Das ist Kernstück unserer ganzen Misere.

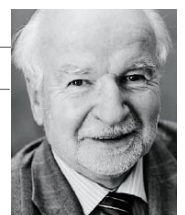
Dieses Interview ist gekürzt. Die vollständige Fassung finden Sie im Internet

→ www.studentenwerke.de

DAS GESPRÄCH FÜHRTE

Uwe Schlicht

71, freier Journalist. Seit 1962 beim Tagesspiegel, dort bis 2002 verantwortlich für Bildung und Wissenschaft.



Qual der Wahl

ÜBERBLICK Alle Parteien reden über Bildung. Was wollen sie wirklich? Spannend sind die Themen Studiengebühren und Bildungsfinanzierung.

VON KARL-HEINZ REITH

—Wer wirklich Neues oder gar eine Überraschung erwartet hatte, der wird enttäuscht sein: In den hochschulpolitischen Wahlaussagen von Union, SPD, Grüne, FDP und auch Die Linke zur Bundestagswahl 2009 findet sich im Wesentlichen der bisherige bildungspolitische Kurs der jeweiligen Partei wieder. Die Finanzkrise, der befürchtete drastische Einbruch der Steuereinnahmen und weitere Haushaltsrisiken fanden bei den bildungspolitischen Aussagen bislang keine Berücksichtigung. Von der Union lag als einzige Partei bis Redaktionsschluss noch kein offizieller Entwurf für ein Wahlprogramm vor. Gleichwohl sind Konturen bekannt.

Alle Parteien versprechen übereinstimmend deutlich mehr Bildungsinvestitionen. Die FDP will zudem »mehr privates Kapital für die Stärkung von Lehre und Forschung gewinnen«. Doch nur SPD und Grüne sagen in ihren Programmen auch konkret, wo die staatlichen Mehraufwendungen herkommen sollen: Die SPD will die ganz Reichen mit einem erhöhten Spitzensteuersatz zur Kasse bitten, die Grünen wollen den bisherigen Solidaritätszuschlag für den Osten zum Teil in einen »Bildungssoli« umwandeln und die Erbschaftssteuer reformieren, um mehr Geld in Bildung zu investieren.

Spannend könnte werden, wie sich CDU und CSU dieses Mal zum BAföG positionieren – nachdem Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) im Wahlkampf 2005 das BAföG offen als überholt

bezeichnet und gar seine Abschaffung in Aussicht gestellt hatte. Offizielle bildungspolitische Beschlusslage der CDU ist immer noch, dass man das bisherige BAföG-System ersetzen will durch ein Mixmodell von Stipendien, Zinskrediten, Gebühren und Elementen des alten BAföGs. Doch nachdem die große Koalition in der vergangenen

Wahlperiode das BAföG erhöht und die Auslandsförderung ausgeweitet hat, wurde dies auch von Schavan wiederholt als ihr bildungspolitischer Erfolg herausgestellt.

Unter der Überschrift »Tradition verpflichtet« bekennt sich die SPD klar zum BAföG, verspricht gar im Wahlprogramm, es »regelmäßig an die Lebens-



haltungskosten anzupassen«. Auch soll es wieder für alle Schüler aus einkommensschwachen Familien ab Klasse elf BAföG geben. Die Altersgrenze beim Studenten-BAföG soll erhöht und an die Bachelor-/Master-Studienstruktur angepasst werden – damit auch ein späteres Master-Aufbaustudium gefördert werden kann. Ähnliches wird auch in der Union diskutiert. Nach den Vorstellungen der SPD sollen künftig auch Teilzeitstudien mit BAföG möglich sein.

Die Grünen und Die Linke knüpfen bei ihren BAföG-Modellen an die unter Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder

keit ausgebaut werden. Die Höchstdauer der Zahlung soll der durchschnittlichen Studienzzeit angepasst werden.

Die FDP will eine elternunabhängige Studienfinanzierung vor allem mit Darlehen ermöglichen. BAföG-Bezieher sollen die Kredite zu vergünstigten Konditionen erhalten. Zugleich setzt die FDP weiter auf den Aufbau eines bundesweiten Stipendiensystems für besonders leistungsstarke Studierende.

SPD, Grüne und Die Linke sprechen sich gegen Studiengebühren aus. Dagegen bekennt sich die FDP klar für diese »Studienbeiträge«. Aus der Union heißt es dazu, die Frage der Studiengebüh-

»Alle Parteien versprechen übereinstimmend deutlich mehr Bildungsinvestitionen«

(SPD) gescheiterte große Reform der Studienfinanzierung an. Grundlage bildete damals das Drei-Körbe-Modell des Deutschen Studentenwerks. Die Grünen propagieren jetzt ein »Zwei-Säulen-Modell« – mit einem einheitlichen Sockel (finanziert aus Kindergeld und Steuerfreibeträgen), der allen Studierenden unabhängig vom Elterneinkommen direkt ausbezahlt werden soll sowie einer »starken sozialen Komponente« für junge Menschen aus ärmeren Familien. Den Sockel sehen die Grünen als »Einstieg in eine elternunabhängige Studienfinanzierung« an.

Ähnlich sieht es die Partei Die Linke. Das BAföG soll zu einer »elternunabhängigen, bedarfsdeckenden und repressionsfreien Grundsicherung« ausgebaut werden. In einem ersten Schritt soll ein »Zwei-Körbe-Modell« installiert werden, »welches einen einheitlichen Sockelbetrag mit einem elternabhängigen Zuschuss kombiniert«. Schritt für Schritt soll dann die Elternunabhängig-

ren sei zunächst »eindeutig Ländersache«, müsse also nicht auf jeden Fall Gegenstand einer Wahlaussage für den Bund sein. Damit will man auch eine mögliche innerparteiliche Kontroverse vermeiden. Mit Sachsens Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) hatte sich unlängst erstmals ein ranghoher CDU-Politiker gegen Studiengebühren gewandt. Von NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) heißt es, dass er auch kein Anhänger der Gebühren-Philosophie sei, sich aber dem Koalitionspartner FDP nicht versagen wollte. ■

DER AUTOR

Karl-Heinz Reith
59, ist
bundespolitischer
Korrespondent der
Deutschen Presse-
Agentur dpa in
Berlin



HERKUNFT ≠ BILDUNG

Bildung zuerst – was das Deutsche Studentenwerk will.

Auch in Krisenzeiten muss in die Bildung investiert werden. Die Forderungen des Deutschen Studentenwerks zur Bundestagswahl:

Chancengleichheit realisieren!

Das deutsche Hochschulsystem ist eines der sozial selektivsten weltweit; von 100 Akademiker-Kindern studieren 83, von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition studieren nur 23. Diese Polarisierung von Bildungschancen muss die Politik endlich aufbrechen.

BAföG ausbauen – Studiengebühren abbauen!

Ein starkes BAföG, das für breite Bevölkerungsgruppen offen steht, sichert mehr soziale Durchlässigkeit an Deutschlands Hochschulen.

Bologna weiterentwickeln!

Damit die Ziele des Bologna-Prozesses Erfolg haben, bedarf es eines ausreichenden Studienangebots von Bachelor- und Master-Studiengängen, einer deutlich besseren Finanzierung der Hochschulen und einer internationalen Standards folgenden sozialen Infrastruktur.

In die Studentenwerke investieren!

Die Service- und Beratungsangebote bei den 58 Studentenwerken sichern nachhaltig einen breiten Zugang zur Hochschule und den Studienerfolg. Diese müssen parallel zur Zahl der Studienplätze finanziert werden, damit der Hochschulpakt II gelingt.

Besondere Lebenslagen berücksichtigen!

Studierende mit Kind, chronischer Krankheit oder mit Behinderung finden an Hochschulen selten gleichwertige Studienbedingungen. Das Deutsche Studentenwerk fordert, die Rahmenbedingungen für Studierende in besonderen Lebenslagen nachhaltig zu verbessern. sg.

→ www.studentenwerke.de/

[pdf/Forderungen_Bundestagswahl_2009.pdf](#)

Student Services gestalten

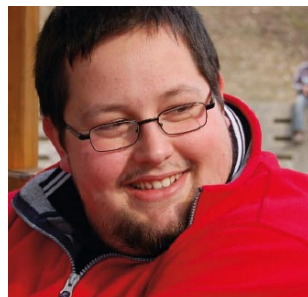
VERWALTUNGSRÄTE In den Studentenwerken können nicht nur Studierende, sondern auch Hochschullehrer viel bewegen. Was hat der Rektor einer Elite-Uni am Bodensee mit der Informatik-Studentin aus Chemnitz gemeinsam? Was der Präsident der Fachhochschule Osnabrück mit dem Politikstudenten aus

Ich bin seit 2007 Mitglied im Verwaltungsrat des Studentenwerks Greifswald – seit dem 1. Januar 2009 als Vorsitzender. Studierende werden in Greifswald durch das Studierendenparlament in den Verwaltungsrat gewählt, die Amtszeit

»Ich wollte schon immer wissen, wie ein Studentenwerk funktioniert und mich um die sozialen Belange der Studierenden kümmern«

beträgt zwei Jahre. Ich wollte schon immer wissen, was mit den Studierendenbeiträgen passiert und wie ein Studentenwerk funktioniert. Der wichtigste Grund für mein Engagement ist aber die Möglichkeit, mich um die sozialen Belange der Studierenden kümmern zu können. Als Mitglied im höchsten Gremium des Studentenwerks habe ich die Möglichkeit, Einblicke in die Arbeitsweise und in die verschiedenen Bereiche eines wichtigen Bestandteils der Universität zu gewinnen. Außerdem kann ich selber Einfluss auf die Gestaltung des studentischen Lebens nehmen, beispielsweise bei den Miet- oder Mensapreisen. So kann ich mich aktiv um das Wohl der Studierenden kümmern und ihre Interessen vertreten.

Weil ihre Beiträge einen Großteil des Budgets ausmachen, ist es generell wichtig, dass Studierende in den Gremien der Studentenwerke vertreten sind. Sie sollen mitentscheiden dürfen, wofür ihr Geld verwendet wird, und welche Prioritäten gesetzt werden. Für mich heißt das, dass ich mich für sozialverträgliche Bedingungen einsetze: Sei es nun bei vertraglichen Mieten oder bezahlbarem und trotzdem qualitativ hochwertigem Mensaeessen. Genauso wichtig ist mir aber auch ein gutes Beratungsangebot – hauptsächlich zur Studienfinanzierung und bei psycho-sozialen Problemen.



Christian Bätz
28, studiert Politik- und Kommunikationswissenschaften an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Studieren, das ist wissenschaftliches Arbeiten, das sind Vorlesungen und Seminare, das ist das Forschen im Labor. Studieren ist aber weitaus mehr. Wer studiert, der benötigt eine komplett neue Infrastruktur vor Ort

»Als Mitglied des Verwaltungsrats kann ich ganz gezielt das Zusammenwirken von Universität und Studentenwerk fördern, neue Ideen einbringen, Strukturen optimieren«

an seinem neuen Zuhause auf Zeit. Und die muss gut sein, denn nur, wer sich wohl und professionell betreut fühlt, der kann mit Elan und Unbeschwert an sein Studium herangehen. In der Praxis heißt das: Eine gemütliche Bleibe muss gefunden werden. Die Mensa füllt gesund und günstig den Magen und streichelt mit Kulinarischem auch mal die Seele, wenn stressige Prüfungen anstehen. Auch bei Problemen, Ängsten und Sorgen wird professionelle Hilfe benötigt. Wer mit Kind studiert, der benötigt praktische Hilfen, Tipps und Ratschläge. Hinzu kommen wertvolle Informationen zu finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

All diese Leistungen bündeln die Studentenwerke in ganz hervorragender Form. Die Exzellenzuniversität Konstanz bietet auch deshalb exzellente Bedingungen, weil SEEZEIT Studentenwerk Bodensee ein exzellenter Partner ist. Hand in Hand schaffen wir es, Studierenden hier in

Konstanz optimale Bedingungen zu bieten. Das zahlt sich aus. Die Studierenden fühlen sich hier zuhause und nicht auf der Durchreise. Die Arbeit als Mitglied im Verwaltungsrat eines Studentenwerks ist deshalb für mich sehr wichtig. Hier kann ich gezielt das Zusammenwirken von Universität und Studentenwerk fördern, neue Ideen einbringen, Strukturen optimieren.



Prof. Dr. Dr. Gerhart von Graevenitz
65, Rektor der Universität Konstanz

Greifswald? Sie engagieren sich ehrenamtlich im Verwaltungsrat ihres Studentenwerks. Dort werden strategische Entscheidungen gefällt, Wirtschaftspläne verabschiedet, Interessen abgeglichen. Ist das Mensaessen wirklich zu teuer? Brauchen die Studierenden mehr psychologische Beratung? Wie viele BAföG-Anträge sind bisher eingegangen? Studierende, Hochschulvertreter und Personen des öffentlichen Lebens arbeiten in den Verwaltungsräten der Studentenwerke zusammen, um die sozialen Rahmenbedingungen des Studiums, die »Student Services« zu gestalten. Eine langweilige Gremientätigkeit wie jede andere? Nicht für Christian Bätz, Prof. Dr. Dr. Gerhart von Graevenitz, Doreen Locher und Prof. Dr. Erhard Mielenhausen.

Neben vielen anderen wichtigen Möglichkeiten, sich in die Hochschulpolitik oder die Entwicklung und Gestaltung der eigenen Hochschule einzubringen, gibt es die Entscheidungsgremien der Studentenwerke.

»Mir liegt es am Herzen, dass das Studentenwerk noch näher an die Studierendenschaft rückt und noch mehr in ihr Bewusstsein tritt«

Hier in Chemnitz haben wir dazu einen Verwaltungsrat, und viel mehr als in anderen örtlichen Kommissionen und Gremien wird Wert auf die Meinung der Studierenden und die Findung von Kompromissen gelegt. Nicht zuletzt mag es daran liegen, dass die Studierenden 50 Prozent der Stimmen ausmachen. Die Möglichkeiten, sich einzubringen, sind vielfältig und reichen von der Lösung konkreter, meist kleinerer Probleme Einzelner bis hin zu komplett neuen Projekten, die den Campus bereichern. Persönlich bin ich der Meinung, dass ein Campus von der Beteiligung aller anwesenden Gruppen lebt. Die Studierenden müssen dazu genau wie alle anderen ihren Beitrag

leisten – und nicht nur konsumieren. Noch immer ist viel zu wenigen bekannt, dass die Studentenwerke sie tatkräftig bei der Verwirklichung ihrer Ideen unterstützen, sei es finanziell oder organisatorisch. Deshalb liegt es mir sehr am Herzen, dass das Studentenwerk noch näher an die Studierendenschaft rückt und noch mehr in ihr Bewusstsein tritt. Nicht vergessen sollte man, wenn es um das Studentenwerk geht, dass Einrichtungen wie Wohnheime, Mensen und die Beratungsleistungen nicht selbstverständlich sind. Auch hier ist es wichtig, dass sich Studentenwerke zielgenau auf unsere Ansprüche ausrichten. Dies können sie nur, wenn Studierende ihnen ihre Bedürfnisse auf die eine oder andere Weise mitteilen.



Doreen Locher
26, studiert Angewandte Informatik an der Technischen Universität Chemnitz

Studentenwerke fördern und beraten Studierende wirtschaftlich, gesundheitlich, sozial und kulturell. Zu ihren Aufgaben gehört insbesondere der Betrieb von Wohnheimen, Mensen, Cafeterien und Betreuungs-

»Die von Studentenwerken angebotenen Leistungen für die Hochschulen werden vor dem Hintergrund eines zunehmenden nationalen und internationalen Wettbewerbs für die Hochschulen immer wichtiger«

einrichtungen für Kinder von Studierenden. Dieser im Niedersächsischen Hochschulgesetz formulierte Auftrag macht deutlich, welche herausragende Bedeutung Studentenwerke für die Qualität der Studienbedingungen haben. Für mich als Präsident einer Hochschule ist es deshalb selbstverständlich, als persönliches Mitglied im Verwaltungsrat aktiv Einfluss zu nehmen, um so dazu beizutragen, dass das noch häufig zu beobachtende beziehungslose Nebeneinander von dem Studentenwerk auf der einen und der Hochschule auf der anderen Seite im Sinne eines Gesamtangebots für die Studierenden überwunden wird. Dabei lasse ich mich von der

Überzeugung leiten, dass die von Studentenwerken angebotenen Leistungen für die Hochschulen vor dem Hintergrund eines zunehmenden nationalen und internationalen Wettbewerbs für die Hochschulen immer wichtiger werden. Insofern halte ich es für wichtig, dass Studentenwerke und Hochschulen

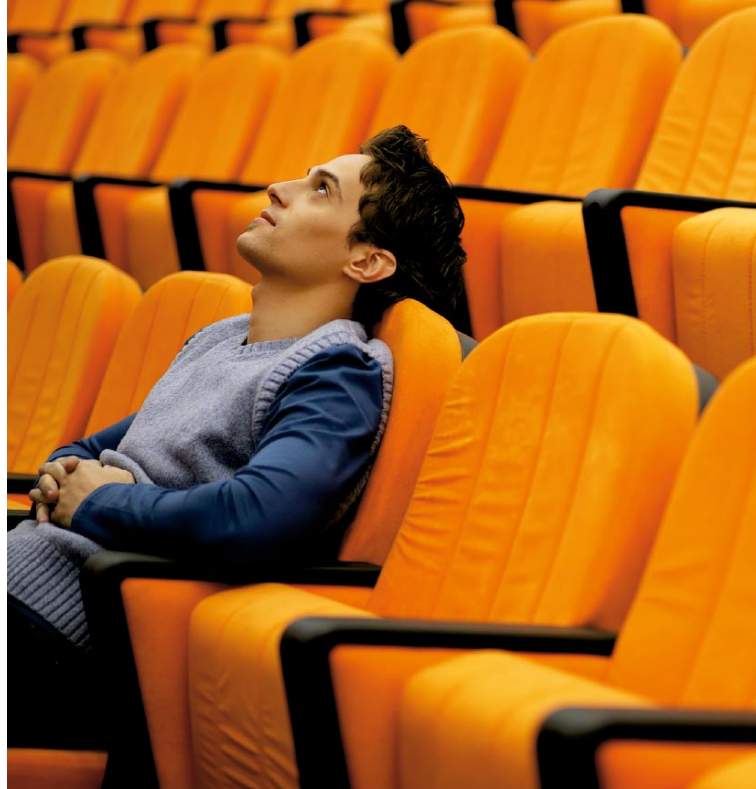
intensiver von der im Gesetz vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Leistungsbeziehungen in wechselseitigen Verträgen noch klarer zu akzentuieren. Das gilt insbesondere auch für die Befriedigung der Bedürfnisse im Rahmen von Weiterbildungsangeboten und des lebenslangen Lernens. Nur gemeinsam sind wir stark und können für unsere Studierenden ein Optimum bewirken.



Prof. Dr. Erhard Mielenhausen
66, Präsident der Fachhochschule Osnabrück

Die ratlose Generation

STUDIARENDSURVEY Karrierefiziert? Apathisch? Desinteressiert? Wir wollten von Tino Bargel wissen, wie es um das politische Engagement von Studierenden tatsächlich steht.



—Unter den Studierenden hat sich in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren ein nachhaltiger Wandel der politischen Orientierungen, des öffentlichen Engagements und der gesellschaftlichen Werte vollzogen. Das politische Interesse und die Beteiligung in Parteien, noch mehr in Initiativen oder bei Aktionen, sind stark zurückgegangen, auch an den Hochschulen finden politische Gruppen immer weniger Anklang. Problematischer erscheint, dass die gefestigten Demokraten, bis Ende der 1990er Jahre die große Mehrheit in der Studentenschaft, zur Minderheit (wenn auch knapp) geworden sind, und demgegenüber die labilen, zum Teil distanzierteren Demokraten nun die Oberhand gewonnen haben. Die Scheu vor Stellungnahmen und Auseinandersetzungen, der Verzicht auf die Ausarbeitung und Vertretung von Konzepten zeugen von einer verbreiteten Rat- und Mutlosigkeit bei öffentlichen Problemen.

Den Studierenden ist das eigene Fortkommen, der materielle Vorteil wichtiger geworden, und die Familie nimmt wieder einen höheren Stellenwert ein. Diese Studierenden sind mehr in die »Mitte« gerückt, vor allem jene, die einst als »links« bezeichnet werden konnten. Sie unterstützen weit häufiger konventionelle Ziele der Sicherheit und Stabilität, haben Abstand genommen von ökologisch-grünen oder sozialen Zielen. Auseinandersetzungen um die Verhältnisse an den Hochschulen oder über Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft werden gemieden, eine kritische Opposition ist wenig gefragt, oft wird sich nicht einmal mehr eine eigene Meinung gebildet.

Für Alternativen sind die Studierenden kaum zu gewinnen, geschweige denn zu begeistern, ein frü-

heres Vorrecht der Studienphase, die sie kaum noch wahrnehmen wollen, zumal sie weit mehr auf Anwendungsbezug und Nützlichkeit achten. Das Studium gilt nicht mehr als Phase des Ausprobierens, sondern dient der beruflichen Ausbildung. Die Selbstverwirklichung als Lebensziel, einst bei vielen hoch im Kurs, wird viel seltener verfolgt. Dabei hat der Zweifel am gesellschaftlichen Leistungsprinzip und an der Offenheit der Gesellschaft zugenommen. Die Sorgen um die Zukunft, auch im Zeichen unsicherer Arbeitsmarktkonjunkturen, haben sich vermehrt. Dennoch wird mehr auf Wettbewerb als auf Solidarität, mehr auf technologische Entwick-

lungen als auf den Umweltschutz gesetzt. Generell herrscht eher Angst vor Misserfolg als Hoffnung auf Erfolg – eine entscheidende Differenz dieser Studentengeneration gegenüber allen früheren in der Nachkriegszeit. Mit einer solchen Grundstimmung lassen sich schwerlich Initiativen entwickeln oder Neuerungen angehen.

Alle diese Entwicklungen haben sich zu Anfang des neuen Jahrtausends gebündelt und haben zu einem neuartigen politischen Profil der Studentenschaft geführt. Wie ist dieser Wandel zu verstehen? Mehrere Faktoren greifen ineinander: von der ökonomischen Globalisierung über einen allgemeinen

KOMPAKT

STUDIARENDSURVEY

Der Studierenden-survey befasst sich mit der Studiensituation und den studentischen Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen. Alle drei Jahre wird eine repräsentative Auswahl von gut 8000 Studierenden schriftlich befragt. Die erste Erhebung fand im WS 1982/83 statt, im WS 2006/07 erfolgte bereits die 10. Erhebung. Die Befragungen werden von der AG Hochschulforschung der Universität Konstanz durchgeführt, gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die Ausführungen dieses Beitrags basieren auf dem Bericht des Autors: »Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden – Studierenden-survey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007«, herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn, Berlin 2008.

→ www.uni-konstanz.de/soziologie/ag-hoc



Wertewandel bis hin zu einer anderen politischen Kultur. Die Globalisierung hat neben der internationalen Vernetzung ein Zurückdrängen des Staates und eine Vorherrschaft des Ökonomischen, von Deregulierung und Marktdominanz,

»Den Studierenden ist das eigene Fortkommen, der materielle Vorteil wichtiger geworden«

gebracht; das bedeutet einen Rückgang des Wohlfahrtsstaates und ein Mehr an Unsicherheit bei Beruf und Karriere. Solche Bedingungen verlangen mehr Anstrengung und Flexibilität, um die eigene Existenz zu sichern, obwohl die Bemühungen unsicher bleiben. Es bleibt weniger Raum und Kraft, um darüber hinaus auf das Allgemeine zu blicken und sich öffentlich zu engagieren. Mit dem globalisierten Wettbewerb bei Bildung und Beruf wächst das Risiko, letztlich zu den Verlierern zu gehören oder Einbußen hinnehmen zu müssen. In einer solchen Ambivalenz zwischen Befürwortung und Befürchtung befinden sich viele Studierende, die zwar auf Internationalisierung und Wettbewerb setzen, aber die Steuerbarkeit und Sicherheit vermissen.

Im Bereich der Politik sind die Verhältnisse vielschichtiger und unübersichtlicher geworden, viele Zusammenhänge scheinen kaum entwirrbar oder zu beeinflussen. Zugleich ändert sich im politischen Raum der Stil des Handelns von Konzept und Debatte zu Event und Unterhaltsamkeit. Der politische Einfluss ist immer stärker von den Medien abhängig geworden und erscheint dadurch oftmals als Inszenierung, wobei die eigene Stilisierung und nicht die Problemlösung im Vordergrund steht. Diese Bedingungen der politischen Öffentlichkeit erschweren die Mitwirkung, weshalb sie politischen Profis und Funktionären überlassen bleibt.

Oft wird vermutet, dieser Wandel zu mehr Teilnahmslosigkeit gegenüber dem politischen Geschehen, der einhergeht mit der Betonung materieller Nützlichkeiten und eigener Vorteile, sei auf die Einführung der neuen Studienstruk-

turen im Zuge des Bologna-Prozesses zurückzuführen. Diese Annahme trifft aber nicht zu, denn die neue Haltung gegenüber Politik und Gesellschaft hat sich in der Studierendenschaft bereits bis zu Anfang des Jahrtausends herausgebildet und dann stabilisiert, wie die Erhebungen des Studierenden surveys im zeitlichen Verlauf belegen.

Allerdings wird durch die neuen Studienstrukturen an den Hochschulen, die mehr auf Anwendungsbezug und Effizienz, auf fortlaufende Prüfungsleistungen und Erfolgsdruck ausgerichtet sind, eine politische Aufgeschlossenheit und Mitwirkung nicht gefördert. Besonders problematisch ist, dass den Studierenden mehr und mehr die Rolle des Kunden angesonnen wird. Denn der Kunde nimmt die Angebote, sei es in der Lehre

oder in der Politik, nur passiv hin und reagiert auf sie zufrieden oder unzufrieden (was in einer formalen Evaluation durch Ankreuzen ausgedrückt werden darf). Dadurch wird eine aktive Mitarbeit und allgemeine Verantwortlichkeit, über den eigenen Vorteil hinaus, gebremst, das Mitdenken und einmischende Handeln wird weder verlangt noch gefördert.

Für die Politik ist eine solche passive Haltung von Nachteil, denn dadurch wird die offene und plurale Demokratie ausgetrocknet. Die Bündelung der Entscheidungsgewalt wird wichtiger als ihre diskursive Herstellung mit Prozessen der Auseinandersetzung und Abstimmung der öffentlichen Verantwortung und Rechenschaft – eine Autarkie bildet sich heraus. Das geht einher mit der Lähmung von Entscheidungen sowie der Zunahme an Beliebig- und Gleichgültigkeit. Gegenwärtig würden die Studierenden dem wenig Widerspruch oder Widerstand entgegensetzen, da sie diesen Trend selber mittragen.

Wegen der Folgen für die Studierenden und für die Hochschulen verlangen diese Befunde eine breite Auseinandersetzung – auch unter den Studierenden selbst. Ohne eine politische Bildungsarbeit an den Schulen und Hochschulen, die auf die Förderung der Urteilskraft, der Übernahme sozialer Verantwortung und der Förderung politischer Handlungskompetenzen setzt, ist kein Erstarren an politischer Beteiligung und sozialem Engagement zu erwarten. Insofern müsste im weiteren Bologna-Prozess nicht nur auf den Erwerb einer »Employability«, sondern vermehrt auf die Förderung von »Citizenship« geachtet werden. Auch das Studentenwerk ist zu solchen Bemühungen aufgerufen: Es könnten Plattformen gebildet und Netzwerke ermöglicht werden, um Konzepte zu entwickeln und auszutauschen, um Debatten auszutragen, das Hochschulgeschehen mitzubestimmen und Verantwortung zu übernehmen. Dies ist für viele Entwicklungen und Entscheidungen an den Hochschulen angesagt: beim Bologna-Prozess, bei Fragen der Studienqualität, bei der Mittelverteilung, dem Stipendiensystem, dem Aufbau der Internationalität: Es besteht kein Mangel an Themen und Problemen, für die sich das Engagement der Studierenden lohnt. ■

DER AUTOR

Tino Bargel

66, ist Mitarbeiter der AG Hochschul-

forschung an der Universität Konstanz sowie Co-Autor des Studierenden surveys und des Studienqualitäts-Monitors





Ein Mann für alle Fälle

STUDENTENWERK OSNABRÜCK Neudeutsch heißen sie »Facility Manager«, die Hausmeister der Studentenwerke. Ohne sie läuft gar nichts und mit ihnen weit mehr, als zu ihren Aufgaben gehört. Wilfried Mollenhauer kümmert sich um Haus, Hof, Heizung – und auch um »seine« Studierenden.



VON HARALD KELLER

—Ji Heun Choi aus Südkorea ist Sportwissenschaftlerin und kennt sich aus mit Menschen, die mit purer Körperkraft hohe Geschwindigkeiten erzielen. Über Wilfried Mollenhauer aber kann sie von Herzen staunen. Von ihrer Wohnung aus hat Ji Heun Choi zwei grün bepflanzte, von doppelstöckigen Gebäuden umstellte Höfe im Blick. »Eben noch war er vorn, im nächsten Moment ist er schon hinten. Ich weiß nicht, wie er das macht.« Im Scherz kommt die Frage auf, ob Wilfried Mollenhauer insgeheim über Superkräfte verfügt. Andere haben die Antwort schon gefunden und

ihm eine Latzhose geschenkt, darauf eingestickt die Worte: »Super Molli«.

Ji Heun Choi, eine von circa 350 ausländischen Studierenden, die in den Wohnanlagen des Studentenwerks Osnabrück leben, hat wie alle Bewohner der »Alten Fabrik« eine besondere Beziehung zu ihrem Hausmeister. Das merkt schnell, wer ihn eine Zeitlang bei seiner täglichen Arbeit begleitet. Der Umgang miteinander ist vertraut, der Wohnheimtreffpunkt trägt, in Anspielung auf ein irisches Volkslied, den Namen »Molli's Malone«. Und über dem Eingang zu einer Gemeinschaftswohnung hängt ein Plakat: »Mollis Lieblings-WG«.

Molli nennen ihn hier alle. Und man duzt sich. »Viele Dinge kann man besser regeln, wenn man

per Du ist«, so die Erfahrung Mollenhauers, der mit dem Klischee vom polternden Hauswart im grauen Kittel nichts gemein hat und über Witzfiguren wie Tom Gerhardts »Hausmeister Krause« nur den Kopf schütteln kann. »Er ist immer da und hat immer ein offenes Ohr«, sagt die angehende Erziehungswissenschaftlerin Katja, die seit 2005 in der benachbarten Wohnanlage Jahnstraße zuhause ist. Für Wilko, den wir im »Molli's Malone« treffen, ist Wilfried Mollenhauer mehr als nur ein Hausmeister – »er könnte nahtlos in die Sozialarbeit gehen. Oder mit schwierigen Jugendlichen arbeiten.«

Damit sind die vielfältigen Anforderungen dieses Berufs schon skizziert: Umfassende →

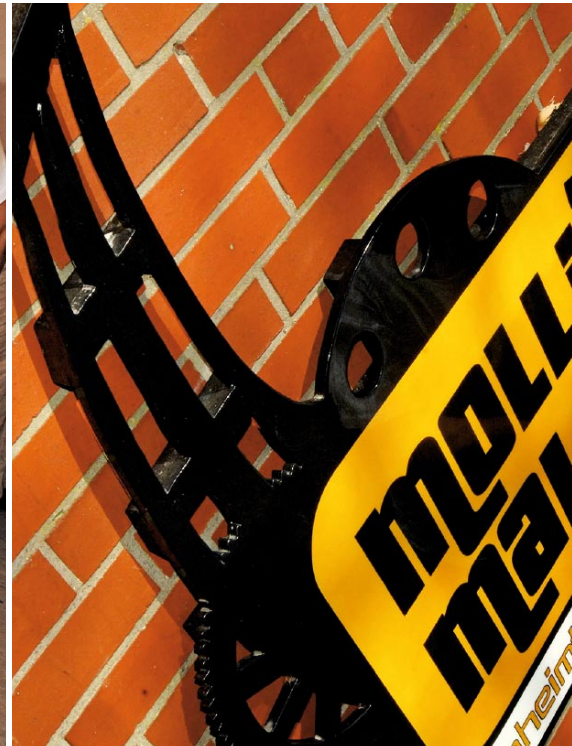
→ handwerkliche Fertigkeiten sind unverzichtbar und gar nicht auf einen Nenner zu bringen – da müssen Abflüsse repariert oder Küchen renoviert werden, an einem Tag wird eine Wohnung an die Bedürfnisse behinderter Bewohner angepasst, an einem anderen Gartenarbeit verrichtet. Die Heizungsanlage bedarf regelmäßig fachkundiger Zuwendung, ebenso der zum Arsenal gehörende Traktor, der unter anderem bei der Schneeräumung Verwendung findet. »Alles, was wir selber machen können, machen wir auch selber, um Kosten zu sparen«, berichtet Mollenhauer. Und witzelt: »Ich mache alles, außer Operationen am offenen Herzen. Dafür fehlt mir das passende Werkzeug.«

Wilfried Mollenhauer ist einer von sechs Hausmeistern, die für die 25 Wohnanlagen des Studentenwerks Osnabrück mit circa 1650 Plätzen zuständig sind. Die Anlagen könnten vielfältiger nicht sein: Neben modernen Neubauten gibt es einen ehemaligen Bauernhof und ein altes Wasserwerk mit Studentenzimmern sowie das kleinste Studentenwohnheim Deutschlands, das »Haus auf der Stadtmauer« mit 19 Quadratmetern Fläche auf drei Etagen verteilt. Die Wohnformen variieren von Einzelzimmern über Gruppenwohnungen für Wohngemeinschaften bis hin zu Familienappartements für Studierende mit Kind oder behindertengerechte Wohnungen. Bei den Zimmern und Wohnungen gibt es qualitative Unterschiede, die sich im monatlichen Mietpreis von 114 bis 414 Euro widerspiegeln. Aber die Zimmerausstattung ist nicht alleine ausschlaggebend für die große Beliebtheit, der sich die Studentenwohnheime in Osnabrück erfreuen. Auch das Ambiente und die kleinen Extras wie Waschmaschinenraum, Tischtennisplatte, Fotolabor, Werkstatt mit Töpferofen oder Ähnlichem sind ausschlaggebend für die gute Auslastung.

In der Abteilung Studentisches Wohnen des Studentenwerks kümmern sich vier Kolleginnen unter anderem um die Anmeldungen und die Zimmerverteilung.



Wilfried Mollenhauer ist immer präsent: beim Reparieren der Wasserrohre und des Rollstuhls von



Wichtige Ansprechpartner für die Studierenden sind auch die fünf internationalen Wohnheimtutoren.

Jeden Montag morgen um acht Uhr setzen sich Mollenhauer und seine Kollegen aus den anderen Wohnanlagen zusammen, um sich

»Ich mache alles, außer Operationen am offenen Herzen. Dafür fehlt mir das passende Werkzeug«

auszutauschen, sich gegenseitig zu helfen und die Woche zu planen. Große Reparaturen werden besprochen, Bestellungen gebündelt und Rechnungen überprüft. Auch wenn sie sich gegenseitig unterstützen, ist doch jeder Hausmeister ein Einzelkämpfer vor Ort. Wilfried Mollenhauer hat schon Aufgaben bewältigt, die wohl in keiner Stellenbeschreibung aufgeführt sind. Zum Beispiel hat er auf dem ehemaligen

Bauernhof, der vom Studentenwerk Osnabrück übernommen und in Wohnraum umgewandelt wurde, und auf dem noch zwei Schafe an die landwirtschaftliche Vergangenheit erinnern, einem Lämmchen Geburtshilfe geleistet. Ganz anders fiel die Unterstützung für einen Bewohner aus, der sich nach Ausbildungsende von der heimeligen studentischen Wohnstatt nicht lösen konnte – ihn begleitete Mollenhauer bei der Wohnungssuche und organisierte den Umzug. Private Krisen sind Bestandteil des Lebens in der kleinen Gemeinschaft: Trennungsschmerz, Einsamkeit, Prüfungsangst bis hin zum Nervenzusammenbruch.

Wilfried Mollenhauer ist Hausmeister, väterlicher Freund und auch Nachbar. Denn er wohnt mit seiner Familie direkt hinter der historischen Backsteinfassade der früheren Gaszählerfabrik, deren innerer Bereich 1980 entkernt und mit Studentenwohnungen unterschiedlicher Ausführung neu ausgebaut wurde. Eine architektonisch elegant gelöste Maßnahme, die mit mehreren Preisen ausgezeichnet wurde. Durch



Katrin Achberger sowie als Namensgeber des Wohnheimtreffs „Molli's Malone“.

die unmittelbare Nähe werden auch Ehefrau Birgit und die gemeinsame 14-jährige Tochter in die Arbeit für die Studierenden einbezogen. Störungen nach Feierabend bilden keine Ausnahme. Oft schon haben die Mollenhauers den Rat bekommen, sich

zeit der Mollenhauers waren ganz selbstverständlich auch Studierende unter den Gästen. Die gemeinsamen Feste dienen übrigens dem Gemeinnutz: Vom Überschuss wurden unter anderem Gartenbänke und Geräte für die haus-eigenen Spielplätze gekauft.

»Ob ein Studierender sich bei uns gut betreut und wohlfühlt, hängt ganz entscheidend von den Mitarbeitern des Studentenwerks ab«

Birgit Bornemann, Geschäftsführerin des Studentenwerks Osnabrück

eine andere Wohnung zu suchen – »dann habt ihr eure Ruhe«. »Wollen wir ja gar nicht«, sagt Wilfried Mollenhauer, dessen Freizeitaktivitäten sich teilweise mit denen seiner Schützlinge überschneiden, wenn in einem der Höfe gegrillt oder ein Wein-fest veranstaltet wird oder man in großer Runde Fußball anschaut. Bei der Hoch-

ligen Geschäftsführer als Hausmeister gewon-nen. Die neue Stelle erforderte den Umzug von Castrop-Rauxel nach Osnabrück, wo Wilfried Mollenhauer als Teenager quasi inmitten von Studierenden aufwuchs. Später lernte Wilfried Mollenhauer Dreher, machte Zusatzausbildun-gen und bezog 1983 die Hausmeisterwohnung des gerade fertiggestellten Wohnheims »Alte

Fabrik«, dessen Betreuung er übernahm. Gerade einmal 21 Jahre alt war er damals – jünger als viele, die fortan zu seiner Kund-schaft gehören sollten.

Das Zusammenleben klappt gut in der »Alten Fabrik« und der Reihenhauseanlage Jahnstraße. Deren Betreuung hatte Mollen-hauer zunächst kommissarisch übernom-men. Aber dann, lacht er, mochte er das Objekt nicht mehr hergeben. Diese Ver-bundenheit ist typisch für ihn, der ohne nachzudenken Sätze sagt wie »Wir machen nicht nur Reparaturen, wir haben mit Men-schen zu tun«. Damit lebt er das Leitbild des Studentenwerks Osnabrück: Für die 21 000 Studierenden in Osnabrück und Vechta soziale Bedingungen schaffen, damit sie sich optimal auf ihr Studium konzentrieren und es erfolgreich und ohne zeitliche Verzögerungen abschließen können.

Sorgen bereitet Wilfried Mollenhauer die jüngste Generation. Als Folge der Stu-dienreform sind die Anforderungen an den Akademikernachwuchs größer geworden, auch reichen die finanziellen Mittel oft nur für wenige Semester. Deshalb sind viele Studierende streng aufs Studium fixiert und bleiben der Gemeinschaft fern. Dabei wäre das Leben im Wohnheim eigentlich der beste Übergang vom behüteten Leben im Elternhaus in die Selbstständigkeit. Wil-fried Mollenhauer hat eine Idealvorstellung vor Augen: »So sollte das Studentenleben sein: dass man sich um die Lebenshaltungs-kosten nicht sorgen muss.«

Er sagt es ganz nebenbei, während wir durch die Innenhöfe des Studen-tenquartiers spazieren, und denkt dabei nicht an abstrakte politische Ideen – aus ihm spricht die langjährige tägliche und unmittelbare Erfahrung. ■

→ www.studentenwerk-osnabrueck.de

DER AUTOR

Harald Keller

50, arbeitet als freier Journalist und Buchautor. Er lebt in Osnabrück

Zimmer mit Aussicht

FINANZIERUNGSMIX Das Studentenwerk Münster geht neue Wege, um für die Studierenden preiswertes Wohnen in Toplage weiterhin möglich zu machen.

DIE ZUKUNFT BEGINNT!

In dieser Serie stellen wir innovative, zukunftsweisende Projekte der Studentenwerke vor. In dieser Ausgabe: Studentenwerk Münster



—Es ist ein Blick wie aus dem Bilderbuch: Im Wasser spiegelt sich das Grün der Bäume. Ein Segelboot plätschert vorbei. Spaziergänger genießen die Idylle vom Ufer aus. Doch Peter Haßmann, Geschäftsführer des Studentenwerks Münster, ist nicht nach Bilderbuch zumute. Ein zweistelliger Millionenbetrag wäre nötig,

um die Studierenden-Wohnanlage »Bismarckallee« am Aasee wieder in einen zeitgemäßen Zustand zu versetzen. Heizungen, Fenster, Küchen- und WC-Anlagen, Leitungen, Fassade: Alles ist sanierungsbedürftig. Die drei Häuser aus den 1960er bis 1980er Jahren sind zudem – wie viele Bauten aus der Zeit – schadstoffbelastet. Nur durch eine Komplettsanierung wäre die Wohnanlage für die Studierenden zu retten.

Dieser Millionenbetrag ist es, der Peter Haßmann zwingt, über alternative Finanzierungsmöglichkeiten nachzudenken. Denn in den vergangenen Jahren sind bereits erhebliche Eigenmittel in die Sanierung verschiedener Wohnheime geflossen. Im Studentenwerk Münster beginnt man zu rechnen: Sollen die Sanierungskosten über die späteren Mieteinnahmen wieder hereingeholt werden, würde das eine Warmmiete bedeuten, die kaum ein Studierender aufbringen könnte. Die Suche nach einem Geldgeber beginnt. Das zuständige Ministerium für Wissenschaft und Forschung winkt jedoch ab – nichts zu machen. Es sieht schlecht aus für das studentische Wohnen am See.

Doch im Studentenwerk Münster gibt man sich noch nicht geschlagen. Alternativvorschläge werden entworfen, diskutiert, verworfen. Und dann liegt der Plan für

»vorne finanziert hinten« auf dem Tisch. Darf man das? In der ersten Reihe relativ teure Wohnungen mit Aaseeblick anbieten, ein Café und ein Hotel einrichten, um in der zweiten Reihe die Zimmer für die Studierenden zu finanzieren? Peter Haßmann entscheidet: Man darf! Man muss! Damit auch künftig Studierende hier am Wasser wohnen können, braucht es zahlungskräftige Gäste und Mieter, die den preiswerteren Wohnraum mitfinanzieren. »Wir waren also zu Kreativität und Mut zum Risiko gezwungen, als sich abzeichnete, dass diese Wohnanlage den Winter 2006/2007 ohne bauliche Maßnahmen nicht mehr überstehen würde«, erzählt Peter Haßmann rückblickend. Einfach habe man sich die Entscheidung dabei nicht gemacht: »Das letztlich alternativlose Vermarktungskonzept mit zinsgünstiger Darlehensfinanzierung der KfW-Bank wurde ab 2004 im Verwaltungsrat unseres Studentenwerks sehr eingehend und kontrovers diskutiert.« Auch heute gäbe es noch vereinzelt Kritik von Studierenden, führt der Geschäftsführer weiter aus, »aber diese können wir entkräften, wenn wir unser Finanzierungskonzept erklären.«

Im August 2006 können schließlich die Sanierungs- und Umbauarbeiten der Wohnanlage »Bismarckallee« beginnen. Am Ufer des Aasees entsteht das Drei-Sterne-»Seehotel«, Wohnungen mit Balkon zum See und dahinter Guesthouse-Zimmer, Einzelzimmer und Appartements für die Studierenden. Klare Linien und große Fensterfronten bestimmen das neue Wohnen am Wasser.

Eine hochwertige Dämmung des gesamten Komplexes und die kombinierte Nutzung von Erd- und Fernwärme helfen, die Energiekosten zu senken und sind ein Beitrag zum Klimaschutz. Die in den Wintermonaten entnommene Erdwärme wird im Sommer wieder in den Wärmespeicher zurückgegeben und wirkt so als Klimaanlage für das Hotel. Abhängig vom Wetter können dadurch circa 23 000 Euro jährlich eingespart werden. Die verbesserte Energiebilanz der Gebäude war eine Voraussetzung für das Darlehen der KfW-Bank.

Mit dem Betrieb von Hotels hat das Studentenwerk Münster bereits Erfahrungen gesammelt: Unter der Dachmarke »agora« entstanden schon 2002

»Wir waren zu Kreativität und Mut zum Risiko gezwungen«

das »Hotel am Aasee« und ein Tagungszentrum. Deren Erfolgsbilanz trug zu der Idee bei, am Standort Bismarckallee 47-51 ein weiteres Hotel mit Tagungsraum einzurichten.

Auch von städtischer Seite begrüßt man die neuen Wege, die das Studentenwerk beschreitet: »Ein in jeder Hinsicht innovatives Projekt, welches dem Standort gut tut: hochattraktiver, bezahlbarer Wohnraum für Studierende und ansprechende Tagungsmöglichkeiten stärken sowohl



Relaxen, Essen und Wohnen mit Blick auf den Aasee und den schönsten Park Europas.

den Hochschul- als auch den Kongressstandort«, findet Münsters Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann.

2008 eröffnet das »Seehotel«: Wer in einem der 23 Zimmer nächtigt, bucht nicht nur ein Hotel mit allem Komfort und Wellness-Angeboten, sondern auch ein Zimmer mit Aussicht: Morgens fällt der erste Blick auf das fantastische Seepanorama. Das leise Plätschern des Wassers wiegt die Gäste abends in den Schlaf. Für gastronomischen Service sorgt das »Café relax« im Erdgeschoss. Eine große Außenterrasse mit Blick auf den See lädt zum Entspannen ein. Aber auch innen bietet das Café mit lichtdurchfluteten Räumen und warmen Holzönen Wohlfühlambiente. Im »Café relax« treffen sich alle – Hotelgäste, Spaziergänger und Studierende.

»Nur mit den Einnahmen des Seehotels, des Cafés und der teureren See-Wohnungen ist es möglich, in der »Bismarckallee« den Studierenden weiterhin Wohnraum zum annähernd gleichen Preis wie vor der Sanierung anzubieten«, kommt Peter Haßmann auf das Aasee-Wohnen zurück. Durchschnittlich 237 Euro zahlen die Studierenden an Miete. Waren es vor der Sanierung 368 Wohnheimplätze, so finden heute immerhin noch 292 Studierende hier eine Heimat auf Zeit. Dass

auch die Hochschulen von dem Konzept profitieren, betont der Kanzler der Kunstakademie Münster, Frank Bartsch: »Preiswerter Wohnraum für Studierende konnte in bester Aaseelage erhalten und auch der Bedarf an Wohnmöglichkeiten auf Zeit für Programmstudierende, Gastdozenten sowie Tagungs- und Kongressgäste aus dem Hochschulbereich mit diesem Projekt erfolgreich gedeckt werden.« Als Mitglied im Verwaltungsrat des Studentenwerks hat er sich für das Projekt stark gemacht: »Eine echte Bereicherung für den ohnehin schon attraktivsten Hochschulstandort!«

5712 Plätze in insgesamt 22 Wohnanlagen bietet das Studentenwerk Münster an. Da sich die Nachfrage seit einigen Jahren geändert hat und einfache Zimmer in Wohnheimen mit langen Fluren und Gemeinschaftssanitäranlagen nicht mehr gefragt sind, wird das Studentenwerk weiter alte Wohnanlagen sanieren und modernisieren. Ganz im Sinne der Studierenden: »Ich habe ein Semester in der Wohnanlage »Gescherweg« gewohnt«, erzählt Cristoph Hethey über sein Wohngefühl in dem Haus von 1974. Der Pharmaziestudent ist seit 2008 glücklicher Bewohner der »Bismarckallee«. »Ein krasser Unterschied«, berichtet er, »die Gemeinschaftsräume sind hier absolut gut, und es herrscht

unter den Bewohnern ein gutes nachbarschaftliches Klima.«

Die Investition in die »Bismarckallee« hat sich gelohnt. »Wir freuen uns natürlich, dass uns der Erfolg heute recht gibt«, sagt Peter Haßmann. Die Auslastung des Seehotels ist überdurchschnittlich hoch. Die Wohnungen und Zimmer sind begehrt – auch die teureren in der ersten Reihe. Die Mieter sind auch hier überwiegend Studierende. Rund 360 Euro kostet der Blick auf den See. Und der ist attraktiver denn je: 2009 wurde der gegenüberliegende Aaseepark als »Schönster Park Europas« ausgezeichnet. Auch der Geschäftsführer des Studentenwerks kann die Idylle am Aasee endlich wieder genießen. *avw*

→ www.studentenwerk-muenster.de



»Preiswerter Wohnraum ist neben guten Angeboten in Forschung und Lehre einer der ausschlaggebenden Faktoren für die Studienplatzwahl. Ältere Wohneinheiten mit circa 12 Quadratmetern Wohnfläche, Küche und Bad zur Gemeinschaftsnutzung sind jedoch nur noch modernisiert und in attraktiver Lage vermietbar. Bei seit Mitte der 1990er Jahre stagnierenden Zuschüssen und stetig steigenden Kosten sind wir zum Erhalt der Preisstabilität unserer sozialen Dienstleistungen generell gezwungen, selbst kreative Finanzierungskonzepte über Angebote und Einnahmen in neuen und möglichst komplementären Geschäftsfeldern zu realisieren.«

Peter Haßmann, Geschäftsführer des Studentenwerks Münster

Elite an die Wand

EXPERIMENT Deutschlands Design-Studierende haben keine Angst vor Eliten. Dies zeigen ihre Entwürfe beim aktuellen Plakatwettbewerb des Deutschen Studentenwerks.

„Bin ich bereits Elite, weil ich studiere? Will ich Elite sein? Kann ich es nicht sein? Solche Fragen stellen sich Studierende spätestens, seit mit der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern neun Elite-Universitäten gekürt wurden. An Deutschlands Hochschulen ist der lange verpönte Begriff mit Macht zurückgekehrt. Die Hochschulpolitik fordert vehement ein entspannteres Verhältnis zu Elite, wie es die USA oder Frankreich pflegen.“

Nur: Elite-Uni wird man in Deutschland nur mit exzellenter Forschung, nicht mit exzellenter Lehre oder exzellenten Studienbedingungen. Und was das Deutsche Studentenwerk vor allem kritisiert: Die Elite-Debatte findet ohne die Studierenden statt. Deshalb wagte der Studentenwerks-Dachverband mit seinem 23. Plakatwettbewerb ein Experiment: Die Design-Studierenden in Deutschland wurden aufgefordert, sich stellvertretend für alle Studierenden mit dem Elite-Thema in Bildern auseinander zu setzen und über Plakate ihre Haltung zur Elite zu zeigen. »Elite! Für alle?«, hieß das Motto.

Zeigen Sie Haltung! »Über Elite kann man trefflich streiten, man kann darüber schreiben, polemisieren – aber kann man dazu Bilder schaffen, plakative Botschaften?«, fragt DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde. Wie sieht eine Elite-Studentin aus, wie ein Elite-Student? Welches Bild haben Deutschlands Design-Studierende von Eliten? So lauteten die Leitfragen des Wettbewerbs, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und vom Museum für Kommunikation Berlin

unterstützt wird. Die Botschaft an die Design-Studierenden im Lande war: »Von ‚Elite, nein danke!‘ bis ‚Elite, ja gerne!‘: Wir sind offen für provokante, kritische, satirische, nachdenkliche, ironische, hintergründige Arbeiten – Hauptsache: Sie zeigen Haltung.«

Ziel’ einfach Henning Kreitel studiert Kommunikationsdesign an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart. Er reichte vier Plakate beim Deutschen Studentenwerk ein, eines heißt: »Zieh’ einfach«. Kreitels Plakat, mit dem er den Wettbewerb und 2.000 Euro

gewann, zeigt eine ausgestreckte Hand mit den berühmten Streichhölzern, von denen niemand weiß, welches das kürzeste ist. Als Betrachter fragt man sich sofort: Ziehe ich die »Elite«? Gewinne ich automatisch dabei? Henning Kreitels Arbeit, bei der ihn Professor Gerwin Schmidt unterstützte, erfordert mehr als den ersten Blick. Ein starkes Plakat.

Henning Kreitel setzte sich gegen große Konkurrenz durch. 218 Design-Studierende von 35 Hochschulen hatten insgesamt 344 Plakate eingereicht. Das Thema Elite mobilisierte die künftigen Designerinnen und Designer. 344 Plakate, das hieß auch: Keine leichte Aufgabe für die Fachjury, der unter anderem die Design-Koryphäe Professor Uwe Loesch aus Wuppertal angehörte sowie Matthias Spaetgens, Geschäftsführer Kreation bei der Werbeagentur Scholz & Friends, Berlin.

Der goldene Löffel »Das Experiment hat einen guten Ausgang genommen«, freut sich DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde. »Man kann mit Bildern das Thema Elite verhandeln – zumindest können es Deutschlands Design-Studierende.« Im Rückblick auf die 344 Plakate wird klar: Die künftigen Designerinnen und Designer stehen der Elite kritisch gegenüber, nur ein Plakat war vorsichtig zustimmend. »Keine Spitze ohne Breite« – das war eine Aussage, die vielfältig visualisiert wurde.

»An Deutschlands Hochschulen ist der lange verpönte Begriff Elite mit Macht zurückgekehrt«

»Die Plakate bereichern die Elite-Debatte in Deutschland, und sie bleiben viel stärker im Gedächtnis als Befunde, die man immer nur liest«, sagt Meyer auf der Heyde. Beispiel: Stefan Schaubitzer, Kommunikationsdesign-Student von der Berliner Technischen Kunsthochschule, der einen dritten Platz gewann. Auf seinem Plakat steht der Satz: »In keinem anderen Industriestaat entscheidet die sozio-ökonomische Herkunft so sehr über den Schulerfolg und die Bildungschancen wie in Deutschland.« Das Bild dazu: Mehrere Kinder mit weißen Plastiklöffeln, aber eines hat den berühmten goldenen Löffel im Mund. Ein Sprichwort, ein wissenschaftliches Zitat, eine Foto-Inszenierung – heraus kommt ein preiswürdiges Plakat.

Die besten 30 Plakate aus dem Wettbewerb gehen von 2009 bis 2011 auf Tournee durch viele Studentenwerke, ganz nach dem Motto »Elite? Für alle!« »sg

→ www.studentenwerke.de

Beilage: Plakat der Plakate Elite zum Aufhängen



»Zieh' einfach« von Henning Kreitel, 1. Preis beim 23. Plakatwettbewerb des Deutschen Studentenwerks 2008/2009 »Elite! Für alle!«

Der Jugend-Erklärer

KLAUS HURRELMANN Jugendbande, Jugendarrest, Schulverweis –
der Vater wollte einen ruppigen Jungen. Der spätere Sozialforscher
entschied sich für einen anderen Weg.

VON AMORY BURCHARD





— Im Foyer der Hertie School of Governance geht es am späten Nachmittag zu wie in einem Coffee-Shop irgendwo in Berlin-Mitte. Auf einem roten Leder-
sofa sitzen zwei Studenten mit Laptop und Caffè Latte. Schräg hinter ihnen
zwei Kommilitoninnen auf bunten
Schalensitzen, auch sie am Notebook.
Auf Englisch rufen sich die Grüppchen
etwas zu, lachen, arbeiten weiter. Mitte
zwanzig, entspannt, lässig gekleidet –
seine neuen Studierenden haben Klaus
Hurrelmann überrascht. »Ich hatte
befürchtet, auf verwöhnte Schnösel zu
treffen«, sagt der Jugend- und Gesund-
heitsforscher, der zum 1. März 2009 von
der Universität Bielefeld an die private
Hertie School wechselte.

Kaum sechs Wochen im neuen Job, ist
Hurrelmann begeistert von seinen Stu-
dierenden. Gerade kommt er aus einer
Redaktionssitzung zu einem Aufsatz
über staatliche Wohlfahrtspolitik, den
er gemeinsam mit Studierenden publi-
zieren will. »Das kann man mit denen
machen, das sind sehr gut trainierte Stu-
dierende mit sehr hochgesteckten Zie-
len«, sagt Hurrelmann beim Gespräch in
seinem Arbeitszimmer. Ihm sei schnell
klar geworden: Eine School of Gover-
nance, an der Absolventen sozial- und
politikwissenschaftlicher Studiengänge
einen Master of Public Policy aufsatteln,
sei keine Business School.

Die Hertie-Studierenden hätten ein
soziales Ethos, wollten später im Beruf
»keinen Cash« machen – trotz der hohen →

Foto: Kay Herschelmann

→ Gebühren von mindestens 10 000 Euro pro Jahr. Dafür widmen sich den gut 160 Studierenden 15 Professoren, ein exzellentes Betreuungsverhältnis. Die Studiengänge zielen zwar offiziell darauf, Führungspersonal für Politik und Verwaltungen auszubilden. Tatsächlich aber kommen die meisten Absolventen bislang in Nichtregierungs-Organisationen unter, und die zahlen in der Regel keine Managergehälter. Hurrelmanns Seminare sollen den Studierenden nun auch den Weg in die internationale Gesundheits- und Wohlfahrtspflege öffnen, dies sind die neuen Felder, die der 65-jährige Emeritus der Uni Bielefeld in Berlin beackert.

Studierende an der staatlichen Massenuniversität oder an der selbsternannten privaten Elite-Uni – Hurrelmann sieht kaum einen Unterschied. Im Studium fast durchweg stark engagiert und motiviert, beim politischen Engagement jedoch zögerlich: Die Bereitschaft, in Parteien zu gehen, ist stark zurückgegangen, das zeigt auch die Shell-Jugendstudie, die Hurrelmann seit 2002 leitet. Aber selbst bei Bewegungen wie Attac bröckelt es, sagt Hurrelmann, denn auch sie sind zu Institutionen geworden. Auch beim »Bildungsstreik«, den Schüler und Studierende für diesen Sommer planen, rechnet Hurrelmann nicht mit einer breiten Beteiligung. Er glaubt, dass es in zwei, drei Jahren, wenn die letzten geburtenstarken Jahrgänge und die doppelten Abiturjahrgänge an die Hochschulen drängen, zu einer großen Protestbewegung kommt. Denn die staatlichen Unis seien kaum darauf vorbereitet, den »Studentenberg« aufzunehmen.

Bekannt geworden ist Hurrelmann als Schul- und Jugendforscher. Mit Studien wie »Abweichendes Verhalten in der Schule« von 1971 oder »Leistung und Versagen« von 1980 bis hin zu »Illegale Alltagsdrogen« (1999) etablierte er sich als Fachmann für das schwierige



Kind. In der Shell-Jugendstudie weitet sich der Blick auf die ganze Bandbreite des Sozialverhaltens von Jugendlichen.

Hurrelmanns Lebenslauf liest sich indes wie der eines akademischen Musterknaben: Studiert

hat er – nach dem Abitur in Bremerhaven – Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaften in Münster und Freiburg. 1968, auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung, macht er nach

ZUR PERSON

Klaus Hurrelmann

65, wurde in Gdingen (heute Gdynia/Polen) geboren und ist in Niedersachsen aufgewachsen. 1963 machte er Abitur in Bremerhaven, studierte Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaften in Münster und Freiburg. 1965/66 ging Hurrelmann als Fulbright Student an die University of California, Berkeley, machte 1968 sein Soziologie-Diplom in Münster, 1971 den Doktor der Sozialwissenschaften. Habilitiert hat er sich 1975 an der Universität Bielefeld, wo er nach einer Station in Essen von 1980 bis 2009 Professor war. Seit dem 1. März 2009 lehrt Hurrelmann an der Hertie School of Governance in Berlin, als Professor für Public Health and Education. Zu den großen empirischen Studien, die er geleitet hat, gehört die Shell-Jugendstudie. Klaus Hurrelmann ist verheiratet und hat zwei Kinder.

»Schwierige Kinder treffen einen Nerv bei mir«



zehn Semestern sein Soziologie-Diplom in Münster, 1971 seinen Doktor der Sozialwissenschaften, 1975 bereits die Habilitation an der Uni Bielefeld. Im selben Jahr wird Hurrelmann Soziologie-Professor in Essen, 1980 wechselt er an die Uni Bielefeld – und bleibt ihr bis Anfang 2009 treu.

Dabei hatte der eigene Vater versucht, Klaus Hurrelmann den Musterknaben auszutreiben. Kurz nach seiner Geburt 1944 in Gdingen bei Danzig flieht seine Mutter mit ihm nach Niedersachsen. Der Vater, ein Seemann, ist in Kriegsgefangenschaft. Seinen Sohn lernt er erst kennen, als der fast vier ist. Er sei seinem Vater nie mehr richtig nahe gekommen, sagt Hurrelmann, und froh gewesen, dass

er weiter zur See fuhr. Denn der Vater sieht in Klaus ein Muttersöhnchen, schimpft ihn einen Streber, als er als erster in der Familie aufs Gymnasium kommt – und wünscht sich »einen richtigen ruppigen Jungen«. Mit Erfolg und beinahe tragischem Ausgang: In der Pubertät will es Hurrelmann sich, und wohl auch dem Vater, beweisen und schließt sich einem Klassenkameraden an, der klauen geht. Der 14-jährige Klaus ist bald mit dabei, die Jungen werden verpiffen und als Mitglieder einer Jugendbande denunziert. Jugendarrest, Schulverweis – aber Hurrelmann fängt sich wieder, findet in Bremerhaven ein Gymnasium, das ihn aufnimmt.

Paradox erscheint da das Jungenbild, das der Jugendforscher vertritt. Einst zu seinem Schaden in die Rolle des ruppigen Jungen gedrängt, glaubt er heute, »dass es archetypisch männliches und weibliches Verhalten gibt«. Jungen hätten eine »Tendenz zur Besetzung von Räumen«, wollten Macht ausüben – und dem müsse die Schule Raum geben. Bis heute rührten schwierige Kinder etwas in ihm an, erklärt Hurrelmann. »Das trifft einen Nerv bei mir.« Es treibe ihn um, dazu beizutragen, dass Kinder und Jugendliche auf eine Umwelt treffen, in der sie sich gut entwickeln können. Eine Forderung, die er daraus ableitet: Der Staat sollte nicht den Eltern, sondern den Kindern das Kindergeld auszahlen, jedenfalls ab dem 16. Lebensjahr.

Fachlich ist Hurrelmann immer wieder auf die Schwächsten in der Gesellschaft zurückgekommen. Schon in Bielefeld wechselte er zwar in ein neues Gebiet, als er 1993 die Fakultät für Gesundheitswissenschaften mitbegründete. Aber seine Projekte bleiben bis zum neuen Arbeitsfeld an der Hertie School auf Kinder und Jugendliche bezogen. Er wolle sich schließlich nicht verzetteln, sagt Hurrelmann: »Sonst besteht die Gefahr, zu breit zu werden.« Dem Vorwurf, zu allem und jedem etwas zu sagen, ist er gelegentlich begegnet. Tatsächlich äußert er sich gern und oft in den Medien, bietet auch aktiv Artikel und Meinungsbeiträge an.

Mathias Albrecht, Politikwissenschaftler an der Uni Bielefeld, sieht Hurrelmanns Medienpräsenz positiv. »Er ist einer der wenigen Wissenschaftler, die sich dadurch auszeichnen, sehr komplexe Sachverhalte mit großem Elan an eine breite Öffentlichkeit zu transportieren«, sagt Albrecht, der die Shell-Studien gemeinsam mit Hurrelmann konzipiert und koordiniert hat. Dabei könne der Jugend-

forscher auch politisch etwas bewegen, »ohne von Talkshow zu Talkshow zu hüpfen«. Für Albrecht ist Hurrelmann zudem »der herausragendste Teamworker, den ich kenne«. Hurrelmann sei ein großer Gewinn für die Hertie School, für die es als private Hochschule eben auch möglich sei, einem 65-jährigen Topforscher noch eine längerfristige Perspektive zu geben.

In Berlin hat sich Hurrelmann mit einem Porträt der Stadt vorgestellt – mit der Berlin-Studie. Kurz bevor er bei der Governance School anfang, präsentierte er die Ergebnisse der Umfrage unter 2000 Berlinern. Das Fazit »arm aber happy« trifft das Berliner Lebensgefühl: Wer dort lebt, liebt seine Stadt, auch wenn hohe Arbeitslosigkeit und wachsende Armut bemängelt werden. Hurrelmann ist nicht neu in Berlin, hatte schon seit Jahren eine Zweitwohnung im bürgerlichen Charlottenburg am Lietzensee. Seine Frau, Doris Schaeffer, Professorin für Pflegewissenschaft an der Uni Bielefeld, pendelt weiterhin, aber er ist in Berlin angekommen, sagt Hurrelmann.

Mit seinen privaten Erziehungsaufgaben sei er schon lange durch, betont der Jugendforscher. Seine Tochter ist in Brüssel bei der EU, sein Sohn und der Jüngste, den seine Frau mit in die Ehe brachte, sind in der Wissenschaft. Das erzählt Hurrelmann bei der Verabschiedung in der Lobby der Hertie School of Governance. Jetzt sitzt der Professor lässig auf einem der roten Ledersofas. »Das haben wir gut hingekriegt«, sagt er über seine Kinder – und über sich selbst. ■

DIE AUTORIN

Amory Burchard

48, ist als Redakteurin im Ressort Wissen des Tagesspiegel

zuständig für Bildungspolitik



Hochschulen zu Unternehmen!

PROVOKATION Wer studiert, profitiert, wer nicht studiert, zahlt. Deutschlands Hochschulen brauchen ein neues Finanzierungsmodell mit kostendeckenden Studiengebühren – und sie müssen zu Unternehmen werden.

VON THOMAS STRAUBHAAR

„Bildung steht nicht zuoberst auf den Agenden der Parteiprogramme zur Bundestagswahl. Andere Themen scheinen mit Blick auf die dramatische aktuelle Wirtschaftskrise wichtiger. Das mag kurzfristig sogar richtig sein. Für die lange Frist jedoch bleibt Bildung in jeder Beziehung eine unverzichtbare Notwendigkeit für Erfolg. Das gilt für Einzelne, die dank besserer Bildung mehr verdienen und das Risiko der Arbeitslosigkeit weniger fürchten müssen. Es gilt aber auch für die Gesellschaft insgesamt. Denn »Bildungsnotstand heißt wirtschaftlicher Notstand«, wie es Georg Picht bereits 1964 zutreffend formuliert hatte.

Bald einmal 50 Jahre nach dem Weckruf von Picht wird mit jeder PISA-Untersuchung von Neuem bestätigt, dass der deutsche Bildungsnotstand unverändert fortbesteht. Deutschland bleibt bei der sozialen Durchlässigkeit seines Bildungssystems weit hinter anderen Ländern zurück. Das Bildungsbürgertum grenzt sich nach wie vor ab. Nicht nur Einkommen, Besitz und Charakter, sondern auch Bildungsbiografien, und damit Lebenschancen, werden vererbt. Die Bildungsbiografie der Eltern bestimmt den Bildungserfolg der Kinder. Aus diesem bildungspolitischen Notstand ergibt sich nicht nur ein hoher ökonomischer Verlust. Darin steckt auch viel gesellschaftspolitische Sprengkraft. Ohne verbesserte Chancen für einen sozialen Aufstieg durch eigene Bildungsanstrengung schwindet die Akzeptanz an der Sozialen Marktwirtschaft.

Eigentlich wurde erwartet, dass die Picht'sche Forderung nach »Bildung für alle« die Bildungsbeteiligung insbesondere bei den bildungsmäßig unterprivilegierten Schichten erhöhen würde. Dieses Ziel wurde teilweise erreicht. Vor allem Kinder und Jugendliche aus Arbeiterfamilien erhielten vermehrt Zugang zur universitären Ausbildung. Aber obwohl die soziale Mobilität zunahm, gelang es nicht, schichtenspezifische Bildungsunterschiede zu beseitigen.

Trotz erheblicher staatlicher Eingriffe gilt heute noch immer, dass die Gesamtheit der Steuerzahlenden einer Minderheit jene Ausbildung finanziert, dank der die besser Ausgebildeten später ein wesentlich höheres Einkommen erzielen können. Das heutige staatliche Bildungssystem verletzt die Forderung der Chancengleichheit. Mehr noch: Es führt zum ungewollten Ergebnis, dass sich

»Im heutigen staatlichen Bildungssystem lassen sich die reicheren Bevölkerungsschichten ihre höhere Bildung durch die ärmeren Bevölkerungsschichten subventionieren«

die reicheren Bevölkerungsschichten ihre höhere Bildung durch die ärmeren Bevölkerungsschichten subventionieren lassen. Wer studiert, profitiert, wer nicht studiert, zahlt! Wieso also nicht ein neues Finanzierungsmodell wagen, bei dem die Chancengleichheit bessere Chancen hat?

Gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten einer weltweiten Wirtschaftskrise, in denen viel Geld des Steuerzahlers für Strukturhaltung, Sanierung der Finanzmärkte und für Rettungsschirme aller Art ausgegeben wird, gilt es, immer knapper werdende staatliche Mittel besonders effizient einzusetzen. Deshalb sollte durch staatliche Bildungssubventionen nur unterstützt werden, wer unterstützungswürdig ist. Wohlhabende oder einkommensstarke Bevölkerungsschichten sind sehr wohl in der Lage, ihre Bildungsnachfrage weitgehend selber zu finanzieren. Staatliche Hilfe ist dann und nur soweit angebracht, wie das Familienbudget nicht

ausreicht, um die den individuellen Fähigkeiten entsprechende Bildungsnachfrage bezahlen zu können.

Dass Einkommen mit besserer Bildung steigen, rechtfertigt nicht nur, sondern erfordert eine stärkere Eigenbeteiligung bei der Bildungsfinanzierung. Das gilt vor allem mit zunehmendem Alter und fortgeschrittener Bildungsnachfrage. Je älter Kinder, Jugendliche und Erwachsene sind, desto größer kann und soll ihr Eigenbeitrag zur Finanzierung der Bildung sein. Die obligatorische Schule soll für alle kostenlos sein und mit allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Wer eine Berufsschule oder ein Gymnasium oder später eine weiterführende Fach- und Hochschule besucht, soll einen immer größeren Anteil der Kosten aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Eine kluge Mischung von kostenlos verteilten Bildungsgutscheinen und verzinslichen, rückzahlbaren Bildungsdarlehen für alle sowie großzügigen, direkten Hilfen an wirtschaftlich Schwächere ist das zielführende Instrument, um allen zu Recht gestellten sozialpolitischen Forderungen nach Chancengleichheit gerecht zu werden.

Eine staatliche Subventionierung der Studierenden auf der Basis von Bildungsgutscheinen, Bildungsdarlehen, Stipendien und Finanzhilfen an wirtschaftlich Schwache macht aus Student(inn)en Kunden, die in freier Eigenverantwortung darüber entscheiden, was

»Hochschulen müssen zu Unternehmen werden. Sie müssen bei der Finanzierung neue Wege gehen können und kostendeckende Studiengebühren erheben dürfen«

ihnen ihre Fach- oder Hochschulbildung wert ist. Sind Studierende gezwungen, auch eigene finanzielle Mittel direkt in ihre Bildung zu investieren, ist sichergestellt, dass sie ihre Entscheidungen »korrekter« treffen. Sie werden bessere Informationen seitens der Leistungsanbieter verlangen, um rationaler und somit effizienter und ihren Wünschen, Bedürfnissen und Erwartungen gemäß entscheiden zu können. Sie werden durch die Wahl ihrer Hochschulen automatisch über die Qualität des Lehrangebots abstimmen. Die in den vergangenen Jahren immer populärer bis populistischer gewordenen Rankings von Evaluationsagenturen verlieren dann schlagartig ihre Bedeutung.

Die Finanzierungsreform des deutschen Bildungswesens ist eine heroische Aufgabe. Sie gut zu lösen, ist eine Schicksalsfrage für Deutschland. Vor allem für die jungen Deutschen, die in späteren Jahren mit ihren Erfolgen im weltweiten Wettbewerb die Renten einer

wachsenden

Zahl älterer und alter Deutschen

finanzieren werden müssen, hat eine Neuordnung der Bildungslandschaft höchste Priorität.

Es gilt, den in Deutschland in den vergangenen Jahren bereits eingeschlagenen Weg einer weitergehenden Autonomie der Universitäten und (Fach-)Hochschulen konsequent zu Ende zu gehen. Universitäten müssen zu Unternehmen werden. Sie sind nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen. Sie sollen ihre Strukturen rasch und flexibel gewandelten Bedürfnissen anpassen können. Fachbereiche sind – so notwendig – ohne wesentlichen Zeitverzug neu zu schaffen, zu verändern, zu verkleinern oder gar zu schließen. Wenn durch Fragestellung und Problemlösung angezeigt, müssen fächerübergreifende für den Einzelfall zugeschnittene Arbeitsgruppen und Netzwerke die Regel werden, ohne dass öffentlich-rechtliche Hindernisse irgendwelcher Art eine Hürde bilden. Deutsche Hochschulen müssen bei der Finanzierung neue Wege gehen können und kostendeckende Studiengebühren erheben dürfen. Noch macht die Politik einen weiten Bogen um so weitgehende politische Forderungen. In einem Bundestagswahljahr passen kostendeckende Studiengebühren nicht in die politische Landschaft. Sie werden aus sozialen Gründen abgelehnt. Dabei würde es sich mehr denn je lohnen, eine Neuorientierung des Bildungswesens zu wagen – lieber früher als später und gerade in ökonomisch so schwierigen Zeiten, wie sie Deutschland bevorstehen. ■

DER AUTOR

Thomas Straubhaar

51, ist Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) und Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. Von Michael Hüther und ihm ist gerade das Buch »Die gefühlte Ungerechtigkeit. Warum wir Ungleichheit aushalten müssen, wenn wir Freiheit wollen« im Econ Verlag erschienen.



AUS DEN STUDENTENWERKEN



Den Urlaub vor Augen

Ob das Essen noch besser schmeckt mit einem »Traumschiff« vor Augen, wissen wir nicht. Aber eines wissen wir sicher: Keine andere Mensa Deutschlands kann mit der Seeburg des Studentenwerks Schleswig-Holstein konkurrieren, wenn es darum geht, Tourismus und Urlaub – natürlich rein bildlich gesehen – so direkt vor der Nase zu haben. Im Durchschnitt essen täglich 200 Studierende in der Seeburg, die 1910 direkt an der Kieler Förde als Studentenheim errichtet wurde. Sie können rund 80 Mal im Jahr, von Frühling bis Herbst, einen Blick auf die AIDAluna und andere Kreuzfahrtschiffe am Ostseekai direkt vor den Balkonen der Seeburg werfen. Ein Trost für all diejenigen, die bei Fischfilet und Kartoffeln nicht so einen schönen Ausblick haben: Es hat einige Monate gedauert, bis ein Bild vom Ostseekai mit Schiff und ohne Regen gemacht werden konnte. *ml*

→ www.studentenwerk-s-h.de

PERSONALIA

Neu an der Spitze



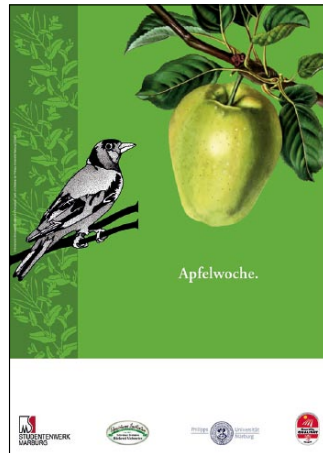
Easy Rider Magische Zahl: Nach sieben Jahren in Berlin ist er zurückgekommen. **Marco Zimmer**, gebürtiger Koblenzer, lebt nun wieder in Rheinland-Pfalz. Hier ist er seit dem 1. April 2009 neuer Geschäftsführer des Studierendenwerks

Kaiserslautern. Kurze Vita: Der Diplom-Kaufmann studierte an der Universität Siegen Wirtschaftswissenschaften und leitete zuletzt ein Bau-Unternehmen in Berlin-Brandenburg. Nun freut sich Zimmer auf das tägliche Abenteuer, das ihm seine Arbeit für die Studierenden bringen wird – und auf die nicht-alltägliche Herausforderung der Straße: Statt flachem märkischen Sand kann der Motorrad- und Autofan jetzt wieder bergiges Terrain erkunden. *jaw*

Vier Jahreszeiten

Erdbeeren, Spargel, Äpfel, Wild – das zergeht schon beim Aussprechen auf der Zunge. Optisch gestaltet sind sie die wahrsten Appetizer. Und genau das haben das Studentenwerk Marburg, das Institut für Grafik und Malerei der Philipps-Universität, die Marketinggesellschaft »Gutes aus Hessen« (MGH) und die Bäckerei Viehmeier auch bezweckt. Schon seit Jahren werden gezielt regionale Produkte aus Hessen in den gastronomischen Einrichtungen des Studentenwerks Marburg verwendet. Doch nun sollen die Gäste auch gezielt und schmackhaft darauf hingewiesen werden. Den Studierenden des Instituts für Grafik und Malerei ist die plakative Umsetzung wahrhaft köstlich gelungen. Zusätzlich gibt es das Erdbeer-Motiv, und demnächst auch das Apfel-Motiv, bei der Bäckerei Viehmeier und beim Studentenwerk auch auf einer Brötchentüte – selbstverständlich den Jahreszeiten angepasst. *ml*

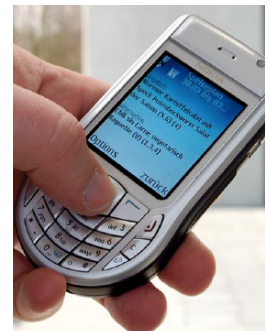
→ www.studentenwerk-marburg.de



Essensplanung via Handy

Eben von unterwegs nachschauen, was es zum Mittagessen in der Mensa gibt. Seit März 2009 ist dies für die Bochumer kein Problem mehr. Ob Chili sin Carne oder warmer Kartoffelsalat mit Speck, Putenbuckwurst und Salat der Saison – das eigene Handy bringt es sofort auf das Display. Und um die Wochenplanung komplett zu machen, wird gleich noch das Kulturprogramm angeschaut. Über die Homepage des Akademischen Förderungswerks kann die entsprechende Software kostenlos auf das Mobiltelefon des Nutzers heruntergeladen werden. Die Daten gibt's über Bluetooth. Übrigens: Die Idee ist aus einer Diplomarbeit an der Hochschule Bochum hervorgegangen, aus der sich ein studentisches Start-Up-Unternehmen entwickelte. Wenn der Testbetrieb gut anläuft, wird demnächst das gesamte Ruhrgebiet versorgt. *ml*

→ www.akafoe.de



DSW-Journal
Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW)
Ausgabe 2/2009

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.

Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e.V.
Monbijouplatz 11
10178 Berlin

Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde,
Generalsekretär

Chefredaktion: Marijke Lass (ml)
marijke.lass@studentenwerke.de

Redaktion:
Prof. Dr. Rolf Dobischat, Sven Engel (se), Jessica Fischer (jf),
Stefan Grob (sg), Sabine Jawurek (jaw), Constantin Quer, Dr.
Christiane Schindler (cs), Susanne Schroeder (schr), Carmen
Thomas (ct), Angela von Wietersheim (avw)

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt:
Tino Bargel, Dr. Amory Burchard, Harald Keller, Karl-Heinz Reith,
Uwe Schlicht, Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Fotos:
Renko Buß/Studentenwerk Schleswig-Holstein, Die
Hoffotografen, DSW, Ilja C. Hendel, Kay Herschelmann, Heiko
Jansen/Akademisches Förderungswerk, Glücklich/laif, Michael
Münch, picture alliance/dpa, prodigit/Ralf Spangenberg, Renate
Schildheuer, Irina Schweigert, Doris Spiekermann-Klaas/
Tagesspiegel, Christiane Steller, Strandperle: image100, Image
Source, OJO images, Photodisc; Thomas & Thomas/Mario
Schultze-Coulon, T-Mobile, Vumua, Sybille Zimmermann

Karikatur: Burkhard Mohr

Grafik: Kerstin Schröder

Produktion: Utz Zimmermann

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH
www.henrich.de

Beratung: Helmut Ortner
www.ortner-concept.de

Anzeigen:
succidia AG, Bodo Fiedler, Tel.: 06151/3 60 56 12,
fiedler@succidia.de, dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2009

Redaktionsanschrift:
Deutsches Studentenwerk e.V.
Redaktion DSW-Journal
Monbijouplatz 11
10178 Berlin
Tel.: +49(0)30-29 77 27-43
Fax: +49(0)30-29 77 27-99
E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de
www.studentenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem
DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der
Redaktion erlaubt.



DSW-KURZPORTRÄT

Eins + zwei = Action!

Doreen Stabenau, 30, Bürokauffrau

Wo ist es turbulenter? Zuhause oder im Büro? An manchen Tagen kann Doreen Stabenau diese Frage beim besten Willen nicht beantworten. Kein Wunder: Die Bürokauffrau ist Mutter von drei Kindern – vom Großen und den Zwillingen. Am DSW-Trubel nimmt sie aktuell in der Servicestelle Interkulturelle Kompetenz als Sekretärin/Sachbearbeiterin teil. Hier ist sie vor allem für die Veranstaltungsorganisation zuständig. Außerdem übernimmt sie vielfältige Rechercheaufgaben und betreut den Internetauftritt. Begonnen hat alles noch verhältnismäßig ruhig. Nach Abitur und Ausbildung arbeitete Doreen Stabenau zunächst in ihrem Lehrbetrieb, wechselte dann 2002 ins DSW, ins Sekretariat der Geschäftsführung. Dann folgte der erste Sohn, verbunden mit einem Wechsel in die Abteilungen Beratung und Soziale Dienste sowie Studienfinanzierung. Später kamen die Zwillinge und damit schließlich die Tätigkeit in der Servicestelle. Volles Programm! Entspannung gibt's im Fitnessstudio, beim Aerobic – ohne Kinder! *jaw*

→ doreen.stabenau@studentenwerke.de

Foto: Christiane Steller

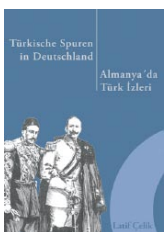
MEDIEN

Nachgelesen

Es geht ein Marmeln durch den Saal...

... wenn Latif Çelik aus seinem zweisprachigen Buch »Türkische Spuren in Deutschland – Almanyada Türk İzleri« vorliest. Die Geschichten, die Çelik in den vergangenen 20 Jahren gesammelt hat – von der Türkensteuer, Goethes türkischen Verwandten über türkischen Kaffee, über das Schicksal der ‚Beutetürken‘ bis hin zur Janitscharenmusik als Vorläufer deutscher Musikkapellen – regen zu Gesprächen und zum Nachdenken an. »Die Integration kann nicht vor türkischen Wohnzimmern Halt machen«, so der Herausgeber des Buchs, Wolfgang Gärthe von der Euro-Schulen-Organisation. Um insbesondere mit Schülern und jungen Leuten ins Gespräch zu kommen, führt er zusammen mit dem Autor gerne Lesungen durch. Das Pendant »Deutsche Spuren in der Türkei« wird voraussichtlich im Herbst 2009 erscheinen. *ct*

Latif Çelik: Türkische Spuren in Deutschland – Almanyada Türk İzleri. 268 Seiten.
Logophon Verlag 2008 → www.logophon.de



Internet

Studieren mit Kind

Sieben Prozent der Studierenden an deutschen Hochschulen sind Eltern. An diese Zielgruppe richtet sich die Informationsseite www.studentenkind.de. Die Internetseite enthält eine umfangreiche Sammlung von Themen: von der Finanzierung des Studiums über die Rechte der Studierenden mit Kind und die verschiedenen Formen des Studiums bis hin zu Hilfen und Serviceangeboten. Dieses Portal bietet außerdem andere hilfreiche Links zum Studium mit Kind. Das angebotene Diskussionsforum enthält leider noch wenige Beiträge. Insgesamt bietet das Portal jedoch einen sehr guten Überblick über alle relevanten Themen zum Studium mit Kind und gibt wertvolle Tipps und Anregungen. Aber Achtung: Die juristischen Informationen zur Studienfinanzierung sind nicht vollständig korrekt, so dass die Seite an dieser Stelle einer Nachbesserung bedarf. *schr*
→ www.studentenkind.de



TRAU DICH, WÄHLE!

Rolf Dobischat bittet Sie, Ihre Stimme abzugeben



Rolf Dobischat,
Präsident des Deutschen
Studentenwerks

Bildung für alle«, »Aufstieg durch Bildung«, »Bildung zuerst«: Die Botschaften hör' ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube. Der Begriff »Sonntagsrede« wurde speziell für die Bildung erfunden. Würde man allein die Beteuerungen der vergangenen Jahrzehnte sammeln, getoppt durch die Beschwörungen zum Bildungsgipfel im Oktober 2008, könnte man viele dicke Bücher füllen.

Es wären allerdings Dokumente der leeren Versprechungen. Zum Glück haben Bund und Länder wenigstens die drei Sonderprogramme für Bildung und Forschung

verabschiedet, den Hochschulpakt II eingeschlossen. Die Blamage wäre sonst total gewesen: 480 Milliarden für marode Banken? Aber gerne! 18 Milliarden für Bildung und Forschung? Sorry, scheitert an den öffentlichen Finanzen!

Halt, legen Sie das DSW-Journal nicht gleich zur Seite! Ich verspreche Ihnen, ich werde hier nicht die zweihundertdreizehnte Diskussion über die Misere des deutschen Bildungssystems führen. Ich will Sie agitieren.

Sonst könnte ich wohlfeil klagen: Seit Jahrzehnten hat sich die Politik damit abgefunden, dass 75 000 bis 80 000 junge Menschen in Deutschland die Schule ohne Abschluss verlassen, dass Hunderttausende von Jugendlichen jahrelange Warteschleifen zwischen Schule und Ausbildung drehen, dass von 100 Akademiker-Kindern 83 studieren, von 100 Kindern aus hochschulfernen Familien aber nur 23. Obwohl schon 1990 die Enquete-Kommission »Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000« dies alles vorhergesagt hat! Aber die Politik scheint es nicht zu kümmern, sie setzt andere Prioritäten: Abwrackprämie, Bankenbürgschaften ...

Nur: Wer ist denn »die Politik«? Kann ich als Staatsbürger eines demokratisch verfassten Gemeinwesens die Schuld für Missstände an die »politisch Verantwortlichen« delegieren und mich gleichzeitig exkulpieren? Wer ist denn in einer Demokratie letzten Endes politisch verantwortlich für ein Bildungssystem, das aussiebt und selektiert, statt zu fördern und zu integrieren?

Ich selbst! Und Sie!

Wir können protestieren (auch wenn sich das für einen ordentlichen deutschen Professor nur in Maßen geziemt). Wir können politisch aktiv werden (was ich als Präsident des Deutschen Studentenwerks tue). Und wir können wählen. Ja, mein und Ihr berühmtes »Kreuzchen« auf dem Wahlzettel hat Bedeutung, es kann etwas bewirken.

Ich sage: Trau Dich, wähle. Schauen

»Der Begriff »Sonntagsrede« wurde speziell für die Bildung erfunden«

Sie genau hin, wer zum Thema Bildung was verspricht. Schauen Sie genau hin, welche verbindlichen Finanzzusagen die bildungspolitischen Positionen auszeichnen.

Ich bitte Sie: Der Bildung zuliebe – gehen Sie wählen.

rolf.dobischat@studentenwerke.de



... damit Studieren gelingt!



Wohnen • Essen & Trinken
Kultur • BAföG • Kinderbetreuung
Internationales • Beratung



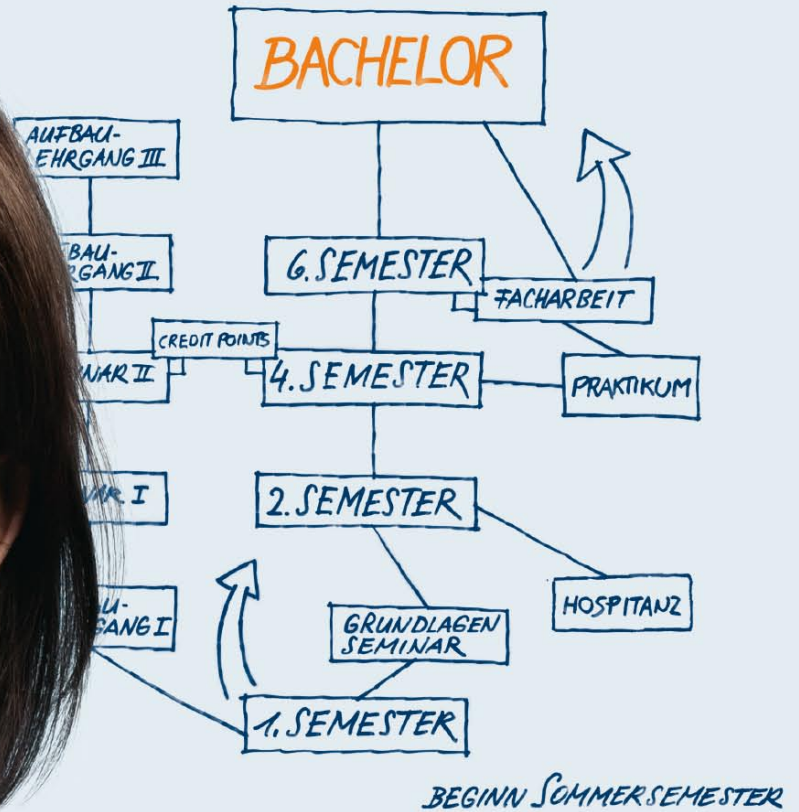
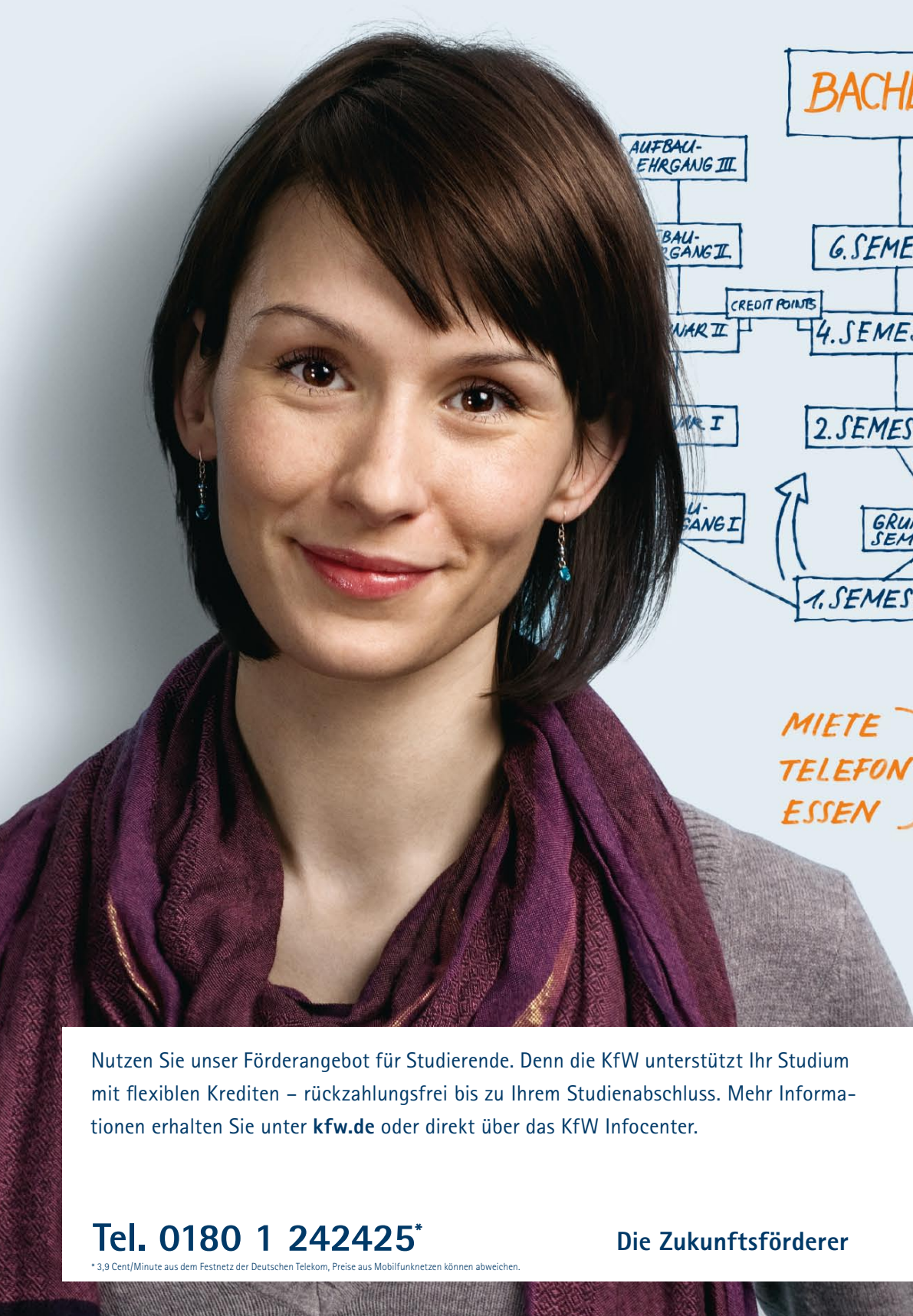
Die Studentenwerke – Service rund ums Studium



Deutsches Studentenwerk

www.studentenwerke.de

Sie suchen eine Finanzierungsquelle für Ihr Studium?



MIETE } FINANZBEDARF
TELEFON }
ESSEN }

Nutzen Sie unser Förderangebot für Studierende. Denn die KfW unterstützt Ihr Studium mit flexiblen Krediten – rückzahlungsfrei bis zu Ihrem Studienabschluss. Mehr Informationen erhalten Sie unter kfw.de oder direkt über das KfW Infocenter.

Tel. 0180 1 242425*

Die Zukunftsförderer